Antifaschistisches INFO blatt

5

Nov./Dez. '88 · 2,50 DM

...Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht ! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. ...
(aus dem Schwur der Häftling, die sich am 11. April 1945 aus dem KZ Buchenwald befreiten)

Fahrzeugbau

Verkehrswesen

Elektrotechnische Industrie

Optik, Feinmechanik

Großhandel

Eisenwaren, Stahlwaren, Metallwaren

Berlin - die Weltstadt in Mitteleuropa

zu den Judenpogromen durch die Nazis und die deutsche Industrie

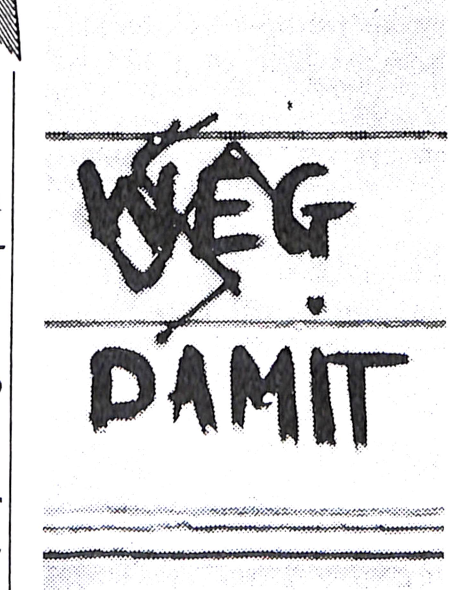
INHALT

antifaschistisches infoblatt im Abonnement

Das Antifa-Info erscheint alle 2 - 3 Monate, in unregelmäßigen Abständen erscheint zusätzlich ein Sonder-Info zu einem bestimmten Schwerpunktthema. Ab jetzt könnt ihr das Info abonnieren. Fünf Infos für 20 DM incl. Portokosten. Wir möchten den Preis so niedrig wie möglich halten und sind deshalb auf viele Abos und auch Spenden angewiesen.

Mit Förderabos ab 30 DM würdet ihr uns bei der Verbreitung antifaschistischer Informationen weiterhelfen.

Schreibt uns eine Karte mit Eurer Anschrift an:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Stichwort: 'Abo'





V.i.S.d.P.L. Meyer
Kontaktadresse:
Antifaschistisches Info-Blatt
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

KEIN VERGEBEN ! KEIN VERGESSEN !

KEINE AMNESTIE FÜR DAS KAPITAL !

Am 9.November dieses Jahres ist der 50.Jahrestag der 'Reichspogromnacht' der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. Schwerpunkt dieses Infos ist die Beleuchtung der Rolle des deutschen Kapitals bei der Massenvernichtung der Juden, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Kommunisten und Sozialdemokraten und vielen anderen in den Konzentrationslagern der Nazis. Wir stellen die Frage: Wer hatte ein Interesse daran, wer hat davon profitiert ?

Dabei sind wir auf die Herstellerfirma des Giftgases Zyklon B gestoßen. Die 'Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung'(DEGESCH) ist nach wie vor 'einer der weltgrößten Firmen auf ihrem Gebiet', sie stellt nach wie vor dieses 'Schädlingsbekämpfungsmittel' Zyklon her. Aufgerührt wurde der Fall DEGESCH hier u.a. durch eine Sendung in Radio 100 über Südafrika, wo auch das Engagement dieser Firma mit Geschichte im Apartheitsstaat thematisiert wurde. Als getreue Hörer des Senders hat daraufhin der Westberliner Staatsschutz das DEGESCH Büro in der der Stadt informiert und Personen- und Objektschutz angeboten. Das Büro meldete sich daraufhin beim Sender und empörte sich.

Hinter der DEGESCH standen die Konzerne IG FARBEN (heute Bayer, Hoechst, BASF) und die DEGUSSA, uns heute bekannt durch ihre Tochterfirmen NUKEM und ALKEM. Diese Konzerne sind als Hauptbeteiligte an den Kriegsverbrechen nie ernsthaft belangt worden. Sie stehen heute weltweit wieder an vorderster Stelle der Konzerne. Die Verantwortlichen, die die Nazis an die Macht finanziert haben sind auch heute die Mächtigen in der BRD und Westberlin.

Wir tragen die Geschichtslüge der bürgerlichen Parteien nicht mit, daß die Nazi-Barbarei etwas ganz Irrationales war, einige Durchgeknallte und alle haben nichts gewußt. Das ist eine Zwecklüge der Interessensvertreter des deutschen Kapitals in den Parlamenten der BRD und Westberlin, der Alt-Nazis, die fast alle ihre Karrieren im Staatsdienst, in der Wirtschaft und Forschung, in den Schulen usw. fortsetzen konnten. An dem Charakter dieser Leute und ihrer Schüler, für den Profit der Reichen auch wieder über Leichen zu gehen, hat sich unserer Meinung nach nichts grundsätzlich geändert.

Es liegt an uns den Kampf der antifaschistischen deutschen Frauen, Männer und Jugendlichen weiter zu führen. Der deutsche Faschismus hat eine ganze Generation von ihnen ausgelöscht, diejenigen, die überlebt haben sind in der BRD zur Zeit des Kalten Krieges und der Hetze gegen die Kommunisten zum großen Teil endgültig demoralisiert worden. Ihr Kampf galt dem verbrecherischen deutschen Kapital, daß sowohl den Ersten Weltkrieg, wie auch den Zweiten geführt hat. Solange diese Bande an der Macht ist, ist die Gefahr eines neuen Faschismus oder eines neuen Krieges noch nicht gebannt.

Am 8.November veranstalten die bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses von AL-Fraktion bis CDU mit der Jüdischen Gemeinde einen 'Schweigemarsch'. Was wollen uns die AL-Fraktion, verfolgte Sozialdemokraten und Teile der VVN demonstrieren? Eine Versöhnungsgeste? Eine Neuauflage des "wir sitzen doch alle in einem Boot"? In einem Boot mit einer Politikerkaste, die die Machtübernahme der Nazis zuließ und das Fortbestehen der Besitzverhältnisse im westlichen Teil Deutschlands nach dem Krieg mit garantierte. Bei soviel Harmoniebestreben kommt uns angesichts dieses Datum nur das Grausen!

Die Frankfurter Realo-Grünen haben dem noch eins draufgesetzt. DEGESCH soll ihre Produktion von ökologisch unverträglicher auf verträgliche Produktion umstellen. So heißt es in einem Antrag der Grünen an den Frankfurter Magistrat. Das Darmstädter Öko-Institut und die Frankfurter Realos haben einige Anstrengungen unternommen, damit der Anteil von DEGESCH an den Nazi-Kriegsverbrechen nicht in den Mittelpunkt gerückt wird. Ihnen geht es um die Umweltverträglichkeit. Diese Grünen haben uns gründlich demonstriert, wohin ein "ökologisches Verständnis" führt, das nur noch "Natur und Technik" kennt, unhistorisch und bereinigt von den Besitz und Klassenverhältnissen. Der Nationalsozialismus eine kapitalistische Gesellschaftsform - das ist für sie kein Thema mehr.

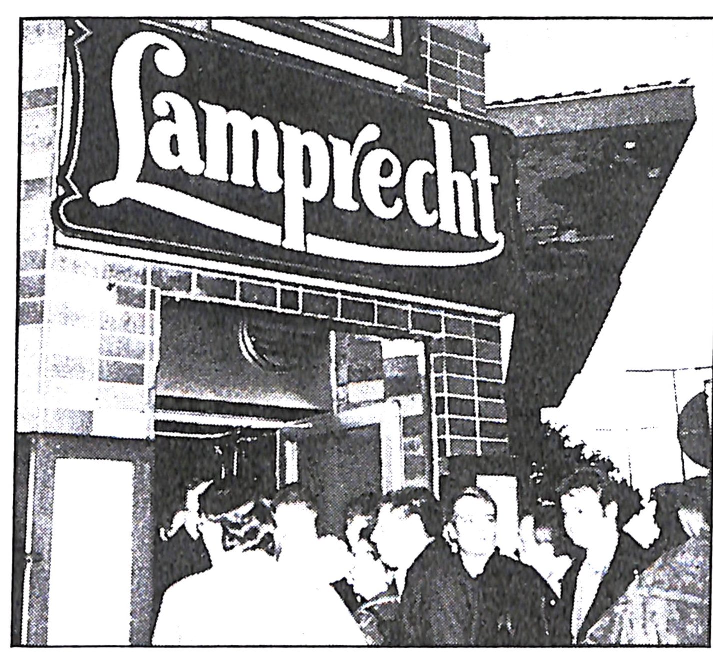
Wir können uns nur wieder die Frage stellen: Was wollen uns die ALer am 8.November demonstrieren? Etwa Generalamnestie' für das Kapital?

Hinter den Kulissen der Neonazis: Große Koalition

Neofaschistentreffen verhindert

Am Sonntag, den 2.Oktober 88 verhinderten etwa 100 Antifaschist/inn/en eine Veranstaltung von führenden Berliner Faschisten aus fast allen faschistischen Verbänden. Die personelle Zusammensetzung dieses Treffens ist ein weiterer Beweis für die enge Zusammenarbeit von "Republikanern" bis zu den militanten Nazis aus der FAP und NF. Neben dem "Republikaner"- Mitglied Wolfgang Wilkening(ehem. BDI) waren der Landesvorsitzende der NPD Salomon und einige Mitglieder der "Jungen Nationaldemokraten (JN) "anwesend.





FAPler Arne Kaupat (3. v. rechts) auf dem Rückzug

Aber wir trafen nicht nur diese Damen und Herren dort an, sondern das gesamte braune Spektrum,das schon in der"Bürgerinitiative für Demokratie



Andreas Pohl (NF) erster von links

und Identität,(BDI)" bis Mitte 1987 zusammengearbeitet hatte. Nicht fehlen darf da Mario Dombrowsky, einer der Hauptinitiatoren der "DJI",Detlef Rose, der mit Dombrowsky schon zusammen in der 1982 verbotenen "DAJ" war, oder der ehemalige Wiking Jugendführer und heutiges "FAP" Mitglied Lutz Schillok, zusammen mit seinen "FAP-Kameraden" und Schlägern aus Lichtenrade Arne Kaupat und Oliver Schweigert. In Knickerbockerhosen war auch Andreas Pohl, der Anführer der Berliner 'NF' zusammen mit Christian Francke aus dem gleichen Verein erschienen.

Nach außen hin betreiben sie ein Verwirrspiel, treten mit verschiedenen Organisationen auf, teilweise konkurrierend und sprechen damit unterschiedliche Zielgruppen an :

die NF,viele Fußballfans und Skinheads, die FAP,etwas traditionalistischer ausgerichtet, die militanten sogen. Kader.Als gefestigte traditionelle Organisationen mit faschistischem Weltbild sprechen NPD und "DVU-Liste D" Alt Nazis und reaktionäre bürgerliche Kräfte an. Daneben, scheinbar unbelastet von faschistischer Vergangenheit, versuchen die "Republikaner" auch rassistische, ausländerfeindliche, und nationalistische Kreise anzusprechen,die anstatt einer eindeutigen Nazi-Partei sonst lieber die CDU / CSU wählen würden.

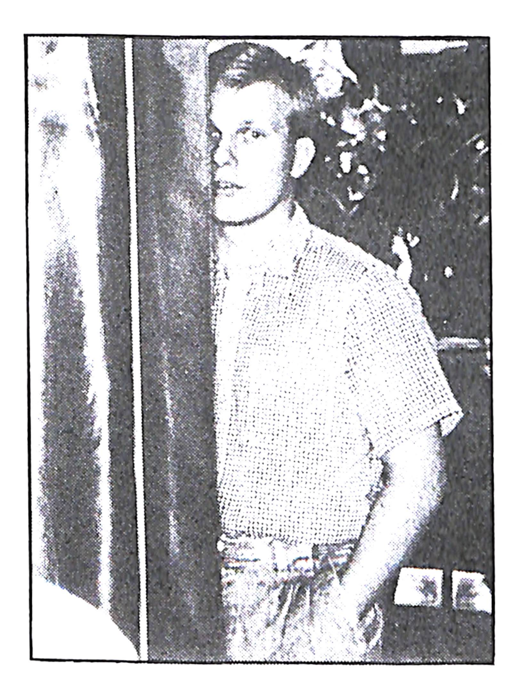
Nazi-Geschichte und gemeinsame "Ideologie".

Gefeiert werden sollte der 50. Jahrestag des Münchener-Abkommens und die damit besiegelte Wiederangliederung Sudetendeutschlands an das 3.Reich.

Als Hauptredner stand das NPD-Mitglied Dr.Rolf Kosiek auf dem Programm, er ist Reisender in Sachen "Rasse-Lehre" für die 1979 gegründete "Deutsche Kulturgemeinschaft" und für die "Gesellschaft für biologische Anthropologie,Eugenik und Verhaltensforschung e.V." des Hamburger Rechtsanwalts Jürgen Rieger. Diese "Gesell-



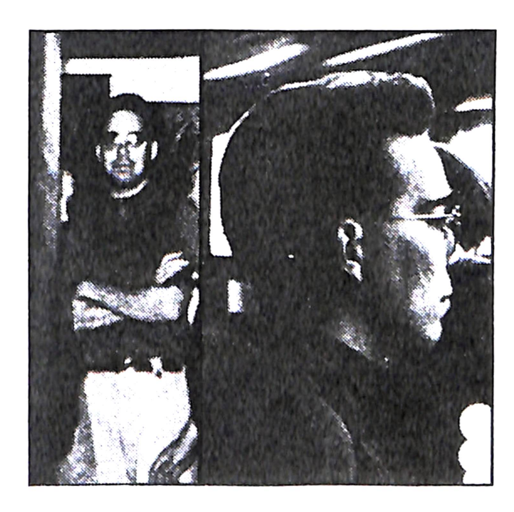
Thomas Salomon (NPD Vorsitzender) meldete die Veranstaltung an



und Afrika usw. ist Grundlage aller faschistischen Organisationen einschließlich der "Republikaner."
Kosiek schreibt auch für "eine der wichtigsten ideenpolotischen Schaltzentralen des Neofaschismus in der BRD". die "Nation Europa". Sie gilt mit ihrer monatlichen Auflage von 10.000 Exemplaren unter den Nazis als "geistiges Führungsorgan des europäisch orientierten Nationalismus". Diese Zeitung wurde bereits 1951 vom ehemaligen SS Hauptsturmführer und Chef der "Bandenbekämpfung" im Führer-Hauptquartier Arthur Erhardt gegründet.

Ideologische Hauptvorbilder für Erhardts Orientierung waren die Konzepte der Waffen SS nach 1943 als "Europäische Freiwilligenarmee gegen den Bolschewismus" und die Ideen des britischen Faschistenführers Oswald Mosley. Zusammen mit den britischen Faschisten ,der MSI aus Italien und der "Deutschen Reichs Partei" fand bereits 1951 in Malmö ein Treffen zur Gründung einer "Europäischen faschistischen Partei" statt. Mit diesem Treffen wurde der Grundstein für eine enge europaweite faschistische Zusammenarbeit gelegt, die bis heute von allen faschistischen Verbänden betrieben wird.
Kurz vor seinem Tod 1971 verfaßte Erhardt einen "Aufruf zum Widerstand gegen den Völkermord", in dem er das Schreckgespenst eines von dunklen Mächten lange geplanten "Genozidanschlages" gegen das deutsche Volk durch "biologische Überfremdung" und Geburtenrückgangs an die Wand malt. Dieses Pamphlet wurde zum Fingerzeig für die gesamte Rechte, die Ausländerfrage als Mittel zur Gewinnung einer Massenbasis zu nutzen.

schaft" verbreitet pseudowissenschaftliche Informationsflugblätter in hoher Auflage an Erzieher,Lehrer und Ärzte, in denen mit der Propagierung des "Rasse-Gedankens" Anti--Ausländer Kampagnen unterstützt werden.
Die angebliche Höherwertigkeit des Ariers, bzw.heute des weißen Europäers, und die rassistische Hetze gegen hier lebende und arbeitende Ausländerinnen und Ausländer aus Kurdistan,der Türkei,dem Libanon



Er war dabei. - Am 4. 2. '87 mischte er sich unauffällig in die antifa-Blockade vorm Brückenkopf. Am 5. 8. '88 spitzelte er auf einer antifasch. Kundgebung auf dem ehem. Gestapo-Gelände.



Rassenpropagandist auf Reisen **Rolf Kosiek (NPD)**



Erfolgreiche Aktionen gegen Republikaner

Am 4.9.88 versammelten sich ca. 100 Antifaschist/inn/en auf dem Turmstraßenfest in Moabit, um das öffentliche Auftreten der "Republikaner" auf dem Fest zu unterbinden.
Die Reps hatten bereits Samstags einen Informationsstand, von dem aus sie Werbung für ihre Kandidatur zu den Abgeordnetenhauswahlen im Januar 1989 machten. Neben Werbung verteilen gingen sie auch handgreiflich am Samstag gegen eine Antifaschistin vor,die unterbinden wollte, daß die Reps sie fotografierten.

Um 14 Uhr am Sonntag dann begaben sich die Antifaschist/inn/en in Richtung Repstand, stellten sich im Halbkreis um den Stand und verteilten Aufklärungsflugblätter über die "Republikaner".



Der Versuch der Reps,ihren Scheiß weiterhin zu verteilen, wurde schnell von ihnen durch den "reißenden" Absatz,den ihre Flugblätter fanden, eingestellt..Verschiedentlich wurden Flugis der Reps an Ort und Stelle verbrannt.

Nach kurzer Zeit erschien dann die Polizei und stellte sich ihrerseits um den Stand der Reps sodaß spätestens jetzt kein Durchkommen mehr zu dem Stand war.Den Reps wurde seitens der Antifaschist/inn/en dann auch ruhig und entschlossen klargemacht, daß es besser sei, wenn sie ihren Stand abbauten. Das taten sie dann auch.!
Bis zum Parkplatz,wo sie ihre Autos geparkt hatten, wurden sie von den Antifaschist/inn/en begleitet, die Polizei riegelte den Parkplatz ab, sodaß es den Reps ungestört möglich wurde, ihre Flugblätter sinnvoll einzusetzen : sie hängten damit nämlich die Nummernschilder ihrer Autos zu.
So ausstaffiert und die Autos etwas überfüllt, saßen sie zu 8 oder 9 in einem Auto, fuhren so unter den Augen der Polizei vom Parkplatz und anschließend über eine rote Ampel, weil sie verhindern wollten, daß interessierte Bürger sich das außen am Auto angebrachte Infomaterial besorgen könnten.

Eine weitere erfolgreiche Aktion gegen die "Republikaner" fand am Dienstag,den 20.9.88 in Tegel vor dem Hotel Central in der Holzhauser Str.2 statt.
Dort wollte sich der Kreisverband Nord treffen und Mitgliedern und neuen Freunden das neue Programm vorstellen.
Antifaschist/inn/en, die von der Versammlung kurz vorher erfahren hatten, mobilisierten und waren um 19 Uhr mit 70-100 Menschen vor dem Hotel anwesend. Die Bullen waren auch schon da und hielten sich am Eingang des Hotels auf. Zu Anfang war sowohl der Geschäftsführer als auch sein Stellvertreter nicht für die Antifaschist/inn/en zu sprechen, was sich jedoch schnell änderte als ihnen klar wurde, daß die Veranstaltung der Reps ernsthaft verhindert werden sollte,bzw.seitens der Antifas auch Maßnahmen dazu ergriffen würden.
Der Geschäftsführer sicherte dann zu, den Reps den Saal zu



- Wolfgang Wilkening -

entziehen und sie aufzufordern, das Hotel zu verlassen.
Dieses geschah dann auch,die Reps,ca. 20,kamen nach und nach raus und wurden mit Sprechchören begrüßt und aufgefordert, zu verschwinden. Mittlerweile waren auch einige Wannen, vor allem aus Hamburg, eingetroffen. Es kam zu einigen Rangeleien, in deren Verlauf ein Antifaschist zur Personalienfeststellung kurzfristig festgehalten wurde.

Die Veranstaltung ist erfolgreich verhindert worden, die Reps mußten entnervt abziehen und es ist mal wieder klar geworden,wie sehr sich die Reps nach rechts abgrenzen. Auf der Veranstaltung waren unter anderen anwesend der Vorsitzende der faschistischen "Bürgerinitiative Demokratie und Identität" Werner Deutsch sowie Wolfgang Wilkening, Redakteur des neonazistischen Hetzblattes "Sieg", Mitglied obiger Bürgerinitiative.



'Hertha Endsieg' als Ordner

Bei einem Konzert, auf dem unter anderem auch die englische Band Angelic Upstarts spielte, waren Leute vom 'Hertha Fan Club Endsieg'(siehe Info 4) als Ordner eingeteilt. Antifaschist/inn/en erkannten einige als Beteiligte an Naziüberfällen wieder und es entwickelte sich eine größere Schlägerei.

Ein wiedererkannter Nazi sollte aus dem Vorraum des Quartier Latin hinausbefördert werden, doch daraufhin gingen c.a. 40 Nazis und Hooligans auf die c.a. 15 Antifas los. Unter ihnen auch wieder der Schläger und Faschist Thomas Kadow. Die Antifas konnten sich jedoch erfolgreich behaupten.

Am nächsten Tag berichtete die Presse von "Autonomen, die das Konzert angegriffen" hätten. Das ist völliger Quatsch. Hierzu folgende Klarstellung der Leute, die dabeiwaren:

"Am Freitag den 8.10. gab es im Zusammenhang mit dem Konzert im Quartier, wo folgende Gruppen spielten: the What for, the Voice und Angelic Upstarts, Auseinandersetzungen zwischen ANTIFASCHISTEN und FASCHISTEN!

In der Kreuzberger Gerüchteküche und in der bürgerlichen Presse wird die Auseinandersetzung auf eine Schlägerei zwischen Autonomen und Skinheads reduziert.

Hier bedarf es einer Klarstellung: Dieses Konzert wurde von relativ unpolitischen Skins (O-Ton 'the Voice' man muß nicht gleich ein Neonazi sein, bloß weil wir was gegen Kanacken haben) vorbereitet.

Der Vorverkauf wurde jedoch u.a. vom 'Haloween', einem Klamottenladen in der Suarezstr. in Charlottenburg übernommen. Der Laden wird von Leuten aus der Nationalen Front (die nennen sich Nationalistische Front - Anm.Info) betrieben und auch besucht.

Vom Keltenkreuz T-Shirt und Reichskriegsflagge bis zur 'Skrewdriver' Platte, ist dort alles zu bekommen was das Naziherz begehrt.

Beim Konzert wurden hochgradige Nazis aus der NF, ehemalige FAP'ler oder faschistische Schläger aus dem 'Hertha Fan Club Endsieg', welche auch schon bei anderen Faschoüberfällen dabei waren, erkannt.

Nachdem wir gegen diese gezielt vorgegangen sind, entwickelte sich daraus eine regelrechte Straßenschlacht, die sich über eine Viertelstunde hinzog.

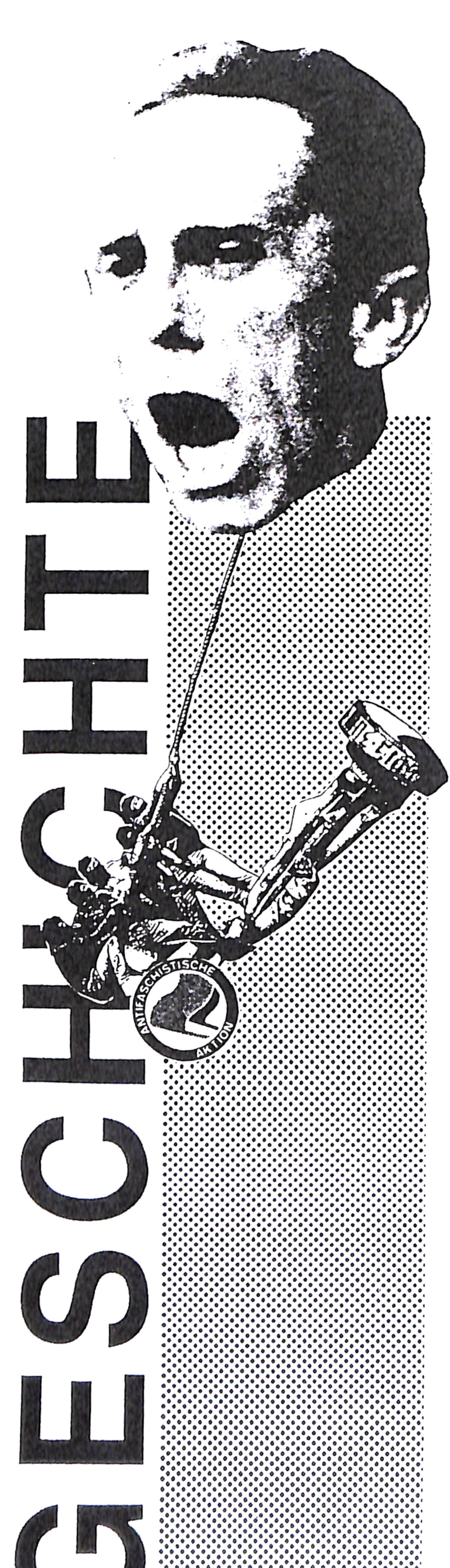
In dieser Zeit mußten wir uns gegen eine Überzahl von Faschisten und anderen Dummköpfen verteidigen. Bei Eintreffen der Bullen, was einer Verstärkung der Faschos gleichkam zogen wir uns geschlossen zurück. Wir verstehen nicht, daß angebliche Antifaschisten, nach dieser Auseinandersetzung weiter mit Faschos auf dem Konzert rumhingen und sich als kommentierende Beobachter das Maul zerissen.
SCHLAGT DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT, heißt für uns, sie auch dort anzugreifen, wo sie meinen unangreifbar zu sein!

Wenn Leute aus der Scene meinen, ihre Augen zu verschließen und mit der ganzen Sache nichts zu tun zu haben, BRAUCHEN SIE SICH NICHT ZU WUNDERN, WENN SIE ZWISCHEN DIE FRONTEN GERATEN!
KEINEN MILLIMETER DER NAZIBRUT!
Antifaschistische Arbeiterinnen und Arbeiter "



Anmerkung zu Angelic Upstarts: nach allem was wir über die Band wissen sind die Leute antifaschistisch eingestellt und haben auch selbst bei ihren Konzerten gegen die Nazis zugelangt. Warum sie blind nach Berlin kommen und einfach irgendwo spielen, finden wir blind und hohl von Ihnen, oder haben sie einen bekloppten Manager?

Der Faschismus in Deutschland



Mit dem 9. November '38 begann der letzte Akt der systematischen Verfolgung und Vernichtung der Juden in Deutschland und in den später eroberten Gebieten. Aber nicht nur Juden, auch Sinti und Roma, Behinderte, Schwule und Zwangsarbeiter aus den Ländern Osteuropas fielen der Vernichtungsmaschinerie der Nazis zum Opfer. Sie waren die wehrlosen Objekte medizinischer Forschung, sie dienten als Arbeitssklaven in den Rüstungsbetrieben der deutschen Industrie. Das geraubte jüdische Kapital eigneten sich deutsche Industrielle und führende Nazigrößen an. Die Reichskristallnacht war aber nicht der Beginn, sondern nur der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die in der Weimarer Zeit begann.

In den Schulbüchern, in der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird der Faschismus als einmaliger Betriebsunfall der Geschichte dargestellt. Die Deutschen haben sich durch die Demagogie der Nazis verführen lassen, sie waren eben noch nicht reif für die Demokratie. Aber warum konnten die Parteien der Weimarer Demokratie die Verführung nicht verhindern, in wessen Interessen handelten die Nazis. Die geläufigen Antworten auf diese Fragen verschleiern mehr, als sie erklären. Mit der Behauptung, Radikale von links und rechts hätten sich gegenseitig hochgeschaukelt und damit die junge Demokratie zerstört, versucht die herrschende Klasse von den wirklichen Ursachen des Faschismus und ihrer historischen Rolle abzulenken.

In einer Artikelserie wollen wir versuchen, die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus und seine Bedeutung für die Bundesrepublik aufzuzeigen. Das ist nur möglich, wenn wir auch die Entwicklung in der Weimarer Republik zumindest kurz beleuchten.

In zwei weiteren Artikeln wollen wir auf dei Zeit von 33-45 und den Aufbau der BRD und ihre Entwicklung eingehen.

Die Novemberrevolution 1918

An der Wiege der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, stand nicht wie in England oder in Frankreich die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse. Der 1. Weltkrieg war der Versuch, der zu kurz gekommenen deutschen Industrie durch militärische Gewalt Einfluß und Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Dieser Versuch endete mit der Niederlage des deutschen Imperialismus. Die während des Krieges enorm gesteigerte Ausbeutung, Versorgungsengpässe, Lebensmittelrationierungen, kurz Hunger und Elend in den Arbeitervierteln, führten ab 1916 zu Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg. Die sozialen Unruhen gipfelten mit dem militärischen Zusammenbruch der kaiserlichen Armee in der Novemberrevolution 1918. Durch die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sollten die Verantwortlichen für Krieg und Hunger entmachtet werden. Auf Seiten der Auständischen, im Lager der Arbeiterklasse standen sich zwei gegensätzliche Gruppierungen gegenüber.

Beginn und Ende der Weimarer Demokratie

1. Die Sozialdemokratie, die sich auf die Beseitigung der Monarchie, auf die Errichtung einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie beschränken wollte. Sie versprach den Arbeitern die Einführung des Sozialismus per Stimmzettel. Durch die Besetzung von Staatsposten und Regierungsämtern sollte die Macht und der Einfluß der herrschenden Klasse und des Kapitals schrittweise, vor allem friedlich, zurückgedrängt werden.

2.Eine revolutionäre Minderheit unter Führung des Spartakusbundes, der späteren KPD, die die Rrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Bildung einer Räterepublik unmittelbar auf die Tagesordnung setzte. Die USPD (Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands), eine linke Abspaltung von der Mehrheitssozialdemokratie (SPD) zerfiel später wieder. Eine Minderheit wandte sich dem Kommunismus zu, die anderen kehrten in den Schoß der SPD zurück.

Das Ergebnis des 1. Weltkrieges bestand für die herrschende Klasse nicht nur in der Niederlage gegenüber ihren kapitalistischen Konkurrenten, sondern auch in der Bedrohung ihrer Ordnung durch die soziale Revolution. Aus Angst vor der revolutionären Minderheit war sie gezwungen ihre alte Kaiserherrlichkeit preiszugeben und den Sozialdemokraten Regierungssessel und politische Macht zu übergeben. Nur durch politische und ökonomische Zugeständnisse (Einführung des 8-Stunden-Tages, Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner) konnte sie der revolutionären Erhebung die Spitze abbrechen.
Zu Regierungsämtern und Ehren gelangt, setzte die Sozialdemokratie gegen die Revolutionäre, gegen den Spartakusbund, die intakt gebliebenen Teile der kaiserlichen Armee ein. Die Niederschlagung des Aufstandes kostete tausenden von revolutionären Arbeitern und Soldaten, den Führern von Spartakus, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Leben. So stellte mit Gründung der Weimarer Demokratie die Sozial demokratie machtpolitisch die Reserve, gestützt nicht von den Arbeitern, sondern von der alten herrschenden Klasse und ihrem militärischem Apparat.

Der Kapp-Putsch

Die Abtretung der Regierungsgewalt an die Sozialdemokratie bedeutete allerdings nicht den endgültigen Verzicht der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, der Junker und Generäle, auf die Ausübung der politischen Macht. Sie sollte ihr nur eine Verschnaufpause gönnen, in der sie ihre durch die Novemberrevolution angeschlagenen Truppen wieder sammeln und neu formieren konnte. Durch den Kapp-Putsch 1920 versuchten sie den Pöbel, die Sozialdemokraten, aus den Regierungsämtern zu verjagen, um ihre angestammten Plätze wieder einnehmen zu können. Der Militärputsch wurde niedergeschlagen durch einen Generalstreik und durch den Aufstand der Arbeiter im Ruhrgebiet. Die rote Ruhrarmee forderte die endgültige Entmachtung der Putschisten. Die sozialdemokratische Regierung, eben fast durch die Reichswehrgeneralität gestürzt, holte erneut die Armee, um den Aufstand niederzuschlagen und die Arbeiter zu entwaffnen.



März 1919. Maschinengewehrstellung der Regierungstruppen

Aus der Erfahrung des mißlungenen Kapp-Putsches zog die herrschende Klasse die Erkenntnis, daß auf rein militäriscchem Weg die alten Verhältnisse nicht wieder herzustellen seien. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bedurfte es einer Massenorganisation, die sie in Gestalt der NSDAP später fand.

Weltwirtschaftskrise und Aufschwung des Faschismus

Die Depression, die Ende der 20er Jahre die gesamte kapitalistische Welt erfaßte, führte nicht nur zu einem rapiden Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Mit ihr begann eine ökonomische Offensive des Kapitals. Tarifverträge wurden durch die Unternehmerverbände gekündigt mit dem Ziel,

die Löhne abzubauen, die Arbeitszeit auszudehnen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Regierungen begannen die Sätze der Arbeitslosenunterstützung zu senken und die sozialen Absicherungen zu streichen. Der Offensive der Unternehmer und des Staates fielen die letzten Errungenschaften der Revolution von 1918 zum Opfer. Ziel der Offensive war es, die Lebensbedingungen der Massen auf und unter das Niveau des alten Kaiserreiches zu drücken. Nur so konnte das deutsche Kapital seine durch die Niederlage des Weltkrieges angeschlagene Position im internationalen Konkurrenzkampf behaupten.
Zur Durchsetzung einer solch radikalen Senkung des Lebensstandards mußten sich die Herrschenden ein politisches Instrumentarium schaffen, um den zu erwartenden Widerstand brechen zu können. Zeitgleich mit der Zertrümmerung aller sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung begannen führende Kreise der Industrie die NSDAP finanziell, politisch und publizistisch (über den Hugenberg-Pressekonzern) zu unterstützen. Die Nazis erfüllten für sie zwei Funktionen: Mit ihren Terrororganisationen waren sie geeignet, die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Schach zu halten, und sie bildeten das letzte Bollwerk, um die kapitalistische Herrschaft zu erhalten.

Faschistische Ideologie und Demagogie

Wirtschaftskrise und Unternehmeroffensive führten zu Massenelend, Hunger und Verzweiflung in den Arbeitervierteln der Industriestädte. Aber nicht nur die Arbeiter, auch Handwerker, Händler, Kleinunternehmer, große Teile des Mittelstandes, fühlten sich in ihrer Existenz bedroht.
Die durch die Wirtschaftskrise Entwurzelten aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung bildeten das Rekrutierungsfeld für die Nazis. Das wachsende soziale Elend und die zunehmende Hoffnungslosigkeit führten den Nazis immer neue Anhänger zu. Die Faschisten verfuhren in ihrer Propaganda nach einem bekannten und immer wieder bewährten Strickmuster: die gesellschaftlichen Ursachen werden verschleiert und stattdessen angeblich Schuldige den enttäuschten Massen präsentiert.

Dabei versprachen die Nazis allen alles, je nachdem wen sie vor sich hatten; dem Arbeiter den "nationalen Sozialismus", dem Kleinbürger den Schutz vor der jüdischen Konkurrenz und der Bourgeoisie die Eroberung eines neuen Lebensraumes für das deutsche Volk, d.h. neue Einflußsphären und Absatzgebiete. Drei Hauptmerkmale faschistischer Propaganda lassen sich ausmachen:

1. Den Kampf gegen die liberale Demokratie. Die Nazis nutzten geschickt die Korruption, den Eigennutz innerhalb der bürgerlichen Demokratie aus.

2.Kampf dem Marxismus. So prangerte die NSDAP immer wieder die "sozialistische Mißwirtschaft" an, wobei sie die SPD-Regierungen der Weimarer Republik demagogisch mit Sozialismus gleichsezten und vor der bolschewistischen Gefahr aus dem Osten warnten.

3.Den Kampf gegen das Judentum. Die Rassenideologie ist das Kernstück der faschistischen Ideologie. Gegen das raffende (jüdische) für das schaffende (deutsche) Kapital war einer der Hauptlosungen der Nazi-Propaganda.

Warum konnten sich die Nazis mit einer derart plumpen und simplen Demagogie durchsetzen? Wieso wurde gerade der Faschismus Nutznießer und Gewinner der kapitalistischen Krise? Welche Rolle spielten die anderen politischen Parteien und Organisationen der Weimarer Republik?

1933: Revolutionäre oder konterrevolutionäre Lösung der kapitalistischen Krise ?

Wirtschaftskrise und Kapitaloffensive führten nicht nur zu sozialer Verelendung und Verunsicherung großer Bevölkerungsteile, sie spitzten auch die politischen Widersprüche in der Gesellschaft zu. Die bürgerlichen Parteien, die ab 1929 in der Regierung saßen, büßten in den Augen der Masse ihre Legitimation ein. Die oWähler liefen ihnen in Scharen davon. Die bürgerlichen Parteien wurden zerrieben, weil sie ihren Wählern keine wirtschaftliche Perspektive bieten konnten. Nutznießer waren die NSDAP und in weit schwächerem Maße die KPD, die ihre Stimmanteile steigern konnten.

In den Jahren 32/33 gelang es den Parteien nicht mehr eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden. Die Regierung Brüning war gezwungen ihre wirtschaftliche Sanierungspolitik mit den Mitteln der Notverordnungen gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung durchzusetzen, während die Industrie und die bürgerlichen Medien immer unverhohlener nach einer Stärkung der Rechte der Regierung gegenüber dem Parlament und den Parteien, nach dem "legalen" Staatsstreich riefen.

(Fortsetzung in Info Nr. 6)

ANTIFA JUGENDINFO

Antifaschistische Schülerzeitung

UND

Antifaschistisches INFO blatt

Antifa-Sonderinfo Nov.'88, über die Judenpogrome durch die Nazis und die deutsche Industrie

zum 9. November 1938

KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!

...Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. ...
(aus dem Schwur der Häftling, die sich am 11. April 1945 aus dem KZ Buchenwald befreiten)

v.i.S.d.P.: L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 1/61

SCHWEIGEN

1938



Die Abgeordneten schweigen – wir haben etwas zu sagen!

Am 9. November wird geschwiegen, so beschloß es der Ältetstenrat des Abgeordnetenhauses. Alle Fraktionen (CDU, FDP, SPD, AL) stimmten dem Vorschlag zu, anläßlich des Jahrestages der „Reichskristallnacht" einen Schweigemarsch zu veranstalten. Was läßt die Politiker verstummen, die sonst jede Gelegenheit nutzen, um sich wortgewaltig in Szene zu setzen? Was haben sie zu verschweigen 50 Jahre nach den Juden-Pogromen in Deutschland und 40 Jahre nach Beginn der „Wiedergutmachung"?

Zunächst haben sich die Herren selber Gutes getan nach dem „Neuanfang" 1948. Zuallererst jene, die während und durch die Naziherrschaft ein glänzendes Geschäft gemacht haben. Sie haben verdient an der Militarisierung der „Volkswirtschaft", sie sackten die Profite ein, die die Zwangsarbeiter in der deutschen Rüstungs- und Chemieindustrie erarbeiten mußten, sie eigneten sich das geraubte jüdische Kapital an. 1945 hatten sie zwar den Krieg verloren, dazu noch die Ostgebiete – das Entscheidene aber durften sie behalten, „ihr" Eigentum, zumindest in den Westzonen. Für die enteigneten Zweigwerke drüben erhielten sie großzügige Entschädigungen. Was machen da die paar Milliarden aus, die als „Wiedergutmachung" nach Israel flossen? Es waren Geschäftsunkosten, deren Löwenanteil eh der Steuerzahler aufbringen mußte; und sie waren politisch gewinnbringend angelegt.

Den Herren der Finanz und der Industrie folgten die Staatsdiener, die von '33 bis '45 der herrschenden Klasse und ihrer Ordnung so treu zur Verfügung gestanden hatten: die Richter und Rechtsanwälte, die Ärzte und Wissenschaftler, die Lehrer und die alten Wehrmachtsoffiziere. Sie alle wurden gebraucht für den „Neuanfang". Die Generäle mit Gründung der Bundeswehr, und wenn sie nicht mehr zur Verfügung standen (das Vaterland wird sie nicht vergessen), so erhielten ihre Witwen wenigstens eine anständige Pension – eine Anerkennung der Leistungen ihrer Ehemänner.

Die Entnazifizierung (nach 45 wurden von den Westalliierten ein paar Antifaschisten und sogar Kommunisten in die Länderregierungen eingesetzt) blieb eine kurze Episode. Sie war die Fassade hinter der sich die alte Garde wieder sammelte, um systematisch an der Fortsetzung ihrer Karrieren zu arbeiten. Mit Beginn des Kalten Krieges durften sich die Mitglieder dieser Herrenkaste auch wieder ungeniert aus dem Fenster lehnen. Sie nahmen Platz an den Kabinettstischen, wie der alte Nazi Globke im Adenauer-Kabinett, sie repräsentierten den Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder, wie der ehemalige KZ-Baumeister Lübke, und sie schützten ihre „demokratische" Ordnung, wie der Alt-Nazi von Gehlen durch den Aufbau bundesrepublikanischer Geheimdienste.

Eine herausragende Rolle in diesem Wiederaufbau durften die demokratischen Parteien spielen. 1933 waren die wackeren Demokraten der Weimarer Republik vom Faschismus nicht in offener Schlacht besiegt worden, sie waren davongelaufen. So die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die noch zum 1. Mai 1933 die Arbeiter aufforderten gemeinsam mit den Nazis den „Tag der Arbeit" zu feiern. Durch Preisgabe aller gewerkschaftlichen Inhalte hofften sie die Organisation vor einem Verbot bewahren zu können. Viele Gewerkschaftsmitglieder haben die Folgen dieser verheerenden Politik im KZ oder mit ihrem Leben bezahlen müssen. Große Teile der Konservativen waren zum Ende der Weimarer Republik ins Lager der faschistischen Konterrevolution übergelaufen. Die Deutschnationalen saßen Anfang 33 mit Hitler in einer Koalitionsregierung. Die Nazis benutzten sie nur eine zeitlang, an die Macht gelangt, waren sie nicht bereit Staatsposten und Pfründe auf Dauer mit ihnen zu teilen.







„Wir haben von nichts gewußt" – 12 Jahre lang war die Zeit stehengeblieben. 1945 durften die Demokraten dort beginnen, wo sie 1933 aufgehört hatten, als wäre nichts geschehen; die FDP als Nachfolger der beiden liberalen Parteien und die CDU um die verschiedensten konservativen und reaktionären Kräfte der alten Weimarer Republik zu sammeln. Die Sozialdemokraten wurden gebraucht zum Aufbau der Gewerkschaften, garantiert staatstreu und auf keinen Fall antikapitalistisch. Die Herren gingen behutsam, Schritt für Schritt vor. Die ersten Jahre mußten sie sich einer breiten Grundstimmung in der Bevölkerung anpassen, „nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg". Sogar die CDU sprach sich in ihrem ersten Wahlprogramm für den „Sozialismus" aus. Die zweite verheerende Niederlage des deutschen Kapitalismus in diesem Jahrhundert ließ es ratsam erscheinen, vorsichtig zu sein. Folgte nicht der militärischen Niederlage von 1918 die Novemberrevolution, die mit Hilfe der SPD glücklicherweise niedergehalten werden konnte?

Nach 1945 hatte die herrschende Klasse in Deutschland einen stärkeren Verbündeten, die westlichen Alliierten. Sie kontrollierten und leiteten den Wiederaufbau. Mit dem ehemaligen Feind verband sie mehr als mit ihrem sozialistischen „Waffenpartner" des 2. Weltkrieges, das Interesse am Erhalt der kapitalistischen Ordnung, an der ungestörten Profitproduktion. Gemeinsam mit der deutschen Bougeoisie hofften sie, die Ausdehnung des sowjetischen Einflußes und die sozialen Veränderungen in den Ländern Osteuropas rückgängig machen zu können. Der Neuanfang entpuppte sich als Sicherung der alten Klassenverhältnisse, und die sind nicht denkbar ohne die Meute der Bürokraten und Karrieristen.

Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Bis heute können sie ihr Maul nicht genug gestopft bekommen. Von einer Diätenerhöhung zum nächsten Skandal filzen „unsere" Politiker dahin. Die Kosten bürden sie den Werktätigen und Arbeitslosen, Ausländern und Flüchtlingen auf. So beackern sie den Nährboden mit, auf dem alte und neue Nazis wieder ernten wollen. Die demokratischen Ideale der bürgerlichen „Volksvertreter" sind heute nicht mehr wert, als die ihrer Vorgänger vor 55 Jahren. Damals sind sie sang- und klanglos von der historischen Bühne abgetreten und haben den braunen Horden das Feld überlassen.

Daß die Vertreter aus CDU, FDP und SPD anläßlich des 50. Jahrestages der antisemitischen Progrome kaum etwas zu sagen haben (außer vielleicht deren moralischer Verurteilung) verwundert uns nicht. Ob die Abgeordneten der AL, gesegnet mit Kohls Gnade der späten Geburt auch nicht mehr zu sagen wissen oder ob sie meinen sich den herrschenden Gepflogenheiten anpassen zu müssen, ist nicht so entscheidend. Wichtig ist, daß wir uns zu diesem Datum öffentlich äußern. Den Opfern des Nazi-Terrors zu gedenken heißt für uns Lehren aus der Geschichte zu ziehen, den gesellschaftlichen Ursachen der Entwicklung nachzugehen und die heutige politische Situation kritisch zu betrachten.



1988

Zu den Judenpogromen in Deutschland

1938

„Bei einem Teil der Bevölkerung sind die letzten aussenpolitischen Siege Hitlers (Oesterreich, Tscheschei) nicht ohne Erfolg auf die Stimmung geblieben. Man ist zum Teil sehr stolz und nationalbewußt geworden... Die Verfolgungen der Juden begannen in der Nacht zum Donnerstag. Plötzlich gegen 3 Uhr morgens wurden sie durch Feuerlärm geweckt und sahen vom Fenster aus die Synagoge brennen. Gleichzeitig hatten auch alle anderen Synagogen zu brennen begonnen. Die Feuerwehr war wohl herbeigeeilt, doch tat sie nur so, als ob sie lösche. Ihr Augenmerk war vielmehr darauf gerichtet, dass der Brand nicht auf die Nebengebäude übergriffe. Die SA schleppte die Bänke aus der Synagoge auf die Strasse und lud die Zuschauer ein, Platz zu nehmen und zuzusehen. Aber die Leute waren durchaus nicht begeistert. Die meisten Frauen hatten Tränen in den Augen.

Gleich darauf begann auch der Sturm auf die jüdischen Geschäfte. Kein Laden blieb verschont. Die Waren wurden zum größten Teil vernichtet, auf offener Strasse verbrannt. Hier beteiligte sich hauptsächlich der jugendliche Teil der Bevölkerung, bei dem die Saat der antisemitischen Propaganda auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Gleichzeitig begannen auch die systematischen Verhaftungen aller jüdischen Männer. Die Gestapo ging mit Listen von Wohnung zu Wohnung und holte die Leute heraus. Nur wer sich verstecken konnte, entging der Verhaftung. Und hier zeigte sich, dass **es meistens die Proleten waren, die bereitwillig diese Flüchtlinge bei sich aufnahmen und versteckten...**

Die Zerstörung des jüdischen Krankenhauses wurde im letzten Augenblick dadurch verhindert, dass der polnische Konsul die polnische Flagge dort hissen liess und einen Konsularbeamten hineinsetzte. Aber alle jüdischen Ärzte deutscher Staatsangehörigkeit sind dort verhaftet worden und für 200, zum Teil schwer operierte, wurde nur ein polnischer jüdischer Arzt zurückgelassen...

Die Judenpogrome in Deutschland sind eine wohl überlegte und wohl vorbereitete Aktion der Regierung. Die Vorbereitungen dazu gehen bis zum Sommer dieses Jahres zurück. Damals kam eine Verordnung heraus, dass alle Geschäfte und Unternehmen in jüdischen Händen durch ein Kennzeichen als solche bezeichnet werden mussten. Die zur gleichen Zeit angeordnete Vermögensaufnahme der Juden geschah offenbar zu dem Zweck, sie bei günstiger Gelegenheit tüchtig zu schröpfen, was jetzt durch die Milliardenbusse geschehen ist. Am 15. Oktober wurden allen Juden die Pässe entzogen. Die Verfolgungen in den Monaten Juli und August und die Massenausweisungen der polnischen Juden waren die Vorprobe.

Es kann auch gar keine Rede davon sein, dass es sich um spontane Aktionen der Bevölkerung handelt. Dagegen spricht, dass der nach dem Tode des Botschaftsrats sechs Stunden auf Eis gelegte „Volkszorn" dann schlagartig im ganzen Deutschen Reich nachts um 2 Uhr losbrach. Zumindest in den Großstädten konnten auch die Privatwohnungen der Juden der Masse der Bevölkerung nicht bekannt sein. Sie waren aber wohl der NSDAP bekannt, die diese Aktion organisiert hat...

Die Ursachen, warum man den Vorfall in der Pariser Botschaft benutzt hat, um diese Aktion steigen zu lassen, liegen in den inneren Schwierigkeiten, in denen das Regime trotz seiner aussenpolitischen Erfolge steckt. Es sind die alten Schwierigkeiten finanzieller und wirtschaftlicher Art, verursacht durch die Aufrüstung und vermehrt durch neue Schwierigkeiten, die entstanden sind, einmal durch die ungeheuren Kosten und wirtschaftlichen Schädigungen und Störungen der Mobilisierungen und durch die Tatsache, dass die neu eroberten Gebiete wirtschaftlich und finanziell **zunächst** Zuschussgebiete sind...

Die Judenpogrome wären in diesem Umfange nicht möglich gewesen ohne den Münchener Erfolg. Der aussenpolitische Prestigezuwachs hat die Naziregierung das Risiko eingehen lassen, auf diese Weise die sogenannte „Weltmeinung" herauszufordern und dadurch die Position ihrer Gegner im Auslande zu stärken...

Natürlich ist das finanzielle Ergebnis auch nicht zu verachten. Es ist mit der Hauptzweck bei der ganzen Geschichte. Diese Methode wird fortgesetzt werden...

Auch ausserhalb Deutschlands hat sich eine Welle des Abscheus und des Protestes gegen diese Judenverfolgungen erhoben. Ohne allen Zweifel ist das bei den Arbeitern und Werktätigen ein ehrlicher Zorn gegen diese Barbarei. Diese Stimmung ist so stark, dass sich ihr auch nicht die sogenannte Weltpresse, die Bourgeoisie und ihre Staatsmänner entziehen können, wenn sie auch meistens den Umfang und die Scheusslichkeiten des Pogroms möglichst zu vertuschen suchen. Sogar Herr Chamberlain hat einige Zähren des Mitgefühls vergossen. Aber bei ihm und seinesgleichen sind es nur Krokodilstränen. **Gibt es doch heute fast kein Land mehr, das den Juden nicht den Zutritt versperrt hätte und jeden Tag werden jüdische Flüchtlinge mit Frauen und Kindern rücksichtslos über die deutsche Grenze zurückbefördert..."**



Immer gut im Geschäft!

Die **„Endlösung der Judenfrage“** wie sie von den Nazis in die Wege geleitet wurde, **ist eng verknüpft mit dem Massenvernichtungsstoff „Zyklon B“.** Der Hersteller dieses Giftes war jahrzehntelang von einem Mantel des Schweigens umgeben und konnte nach dem Krieg bruchlos weiterproduzieren. Wer war und ist dieser Produzent des Vernichtungsmittels, mit dem eine industrielle Tötungsmaschinerie organisiert wurde? Wer stellte das Giftgas her, mit dem allein in Ausschwitz über 1,5 Millionen Menschen umgebracht wurden?

Der Blick hinter die Kulissen gerät schnell zu einem Lehrstück über die Kontinuität kapitalistischer Konzerne in Deutschland und der BRD. Über Konzerne, die niemals wirklich zur Rechenschaft gezogen wurden. Die **Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch)**, die **Zyklon B-Produzentin**, hat nie in irgendeiner Form Wiedergutmachung geleistet. Lediglich der geschäftsführende Direktor stand vor Gericht und wurde 1955 freigesprochen.

Hinter Degesch standen die Konzernriesen IG Farben und Degussa, daran hatte sich bis 1986 nichts geändert (Bayer hielt den IG Farben-Anteil). Die IG Farben-Konzerne Bayer, Hoechst, BASF sind heute für jede/n ein Begriff. IG Farben war Kriegswirtschaftsplaner des Nazi-Regimes und wesentlicher Träger des 1. Weltkrieges.

Die Rolle von Degesch/Degussa bei der Massenvernichtung im Nazi-Faschismus ist erst in der Öffentlichkeit ins Gespräch gekommen, nachdem Degesch eine Genehmigung für die Produktionserweiterung ihres Werkes in Frankfurt beantragt hatte.

Auch Degussa ist für uns heute keine Unbekannte. Sie bzw. ihre Tochterfirmen **Nukem** und **Alkem** sind in aller Munde, wenn es um Plutoniummißwirtschaft, Uranraubbau und dem Griff der BRD nach der Atombombe geht. Dabei ist gerade die deutsche Atombombe kein neueres Degussa-Projekt, wie wir später zeigen werden.



Inhalt folgender Seiten:

Das DEGESCH-Zyklon – der Vernichtungsstoff für die „Endlösung“

Degesch produziert nach wie vor Zyklon B, das Produkt, mit dem sie schon vor der NS-Zeit ihre führende Stellung auf dem Weltmarkt errungen hatte. Die Degussa-Tochtergesellschaft wurde 1919 gegründet, um gasförmige Schädlingsbekämpfungsmittel zu produzieren. Das Blausäurepräparat wurde zur Schädlingsbekämpfung auf Schiffen und in Kasernen eingesetzt.

1930 war Degesch so stark, daß sie ein erstes Weltabkommen mit der amerikanischen Cyanamid Company abschließen konnte. Dies war auch das Jahr, in dem sich Degesch mit der IG Farben arrangierte. Es bestanden schon lange Verflechtungen zwischen Degussa, der Metallgesellschaft und IG Farben. IG Farben verfügte über den Stabilisator, der Degussa für eine längere Lagerung von Zyklon B fehlte. Die IG wurde in Degesch mit reingenommen, ab 1930 lief Degesch als gemeinsame Entwicklungs- und Vertriebsgesellschaft für gasförmig wirksame Schädlingsbekämpfungsmittel.

> **„Die Geschichte der Degesch und ihrer Hauptprodukte zeigt, daß die Degussa und nicht die IG Farbenindustrie die wichtigste industrielle Mitverantwortliche für die nazistischen Massentötungen durch Giftgas gewesen ist. Damit ist die Mitschuld der IG Farben nicht geschmälert, die von der Anklagevertretung des IG Farben-Prozesses überzeugend herausgearbeitet worden ist.“**
>
> Karl Heinz Roth: Konzernskizze Degussa


DER PRAKTISCHE DESINFEKTOR
ZEITSCHRIFT FÜR SEUCHENABWEHR, WOHNUNGSHYGIENE UND SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG
Herausgegeben vom Hygiene-Verlag Erich Deleiter, Berlin
in Verbindung mit dem Hauptamt für Volksgesundheit in der Reichsleitung der NSDAP.
unter Mitarbeit des Fachamtes Freie Berufe in der Deutschen Arbeitsfront
Ferner unter Mitarbeit von: Prof. Dr. A. Hase, Oberregierungsrat, Berlin; Dr. Kaiser, Min.-Rat, Wien; Prof. Dr. H. Kliewe, Vorstand des Hess. Unters.-Amtes für Infektionskrankheiten, Gießen; Dr. W. Mabel, Auskunftsstelle für Schädlingsbekämpfung im Inst. für landw. Zoologie der Universität, Berlin; Dr. G. Peters, Frankfurt am Main; Dr. W. Seitz, Institut für landwirtschaftliche Zoologie der Universität, Berlin; Stadtmedizinalrat Dr. Th. Sütterlin, Berlin; Dr. H. Weidner, Hamburgisches Zoolog. Museum und Institut; Erich Winkler, Berlin
Schriftleitung: Hauptschriftleiter i. N. Hatto Weiß, z. Z. bei der Wehrmacht. Stellvertr. E. Pettschaft, Berlin

34. Jahrgang | April 1942 | Heft 4

Einer der Mitarbeiter dieser "Zeitschrift": **Dr. Gerhard Peters** - Degesch-Leiter (s. Kasten S. VII)

Bis 1939 hatte das Zyklon B an Bedeutung verloren, im Gegensatz zu den anderen IG Farben-Produkten. Mit dem Krieg wurde das anders. Nun konnte die Degesch verstärkt an die Wehrmacht, die Rüstungsindustrie, die Gesundheitsbehörden und an die SS liefern. Den großen Sprung machte Degesch in ihrem Umsatz, als das Zyklon B Standardmittel der Massenvernichtung wurde.

Degesch als Monopolunternehmen für Blausäurevergasung lieferte entweder selber oder ihre Verkaufsgesellschaften Tesch & Stabenow (Testa) und Heerdt & Lingler (Heli). Testa war für die Gebiete östlich der Elbe und Heli für den Südwesten zuständig.

Nach Ausschwitz gingen insgesamt 23,2 t. Bruno Tesch, über dessen Firma ein erheblicher Teil des Zyklon B an Ausschwitz geliefert wurde, wurde ebenso wie sein Stellvertreter Weinbacher von den Briten zum Tode verurteilt und gehenkt. Die Anklage fußte darauf, daß Tesch & Stabenow das Giftgas lieferten, mit dem alliierte Staatsangehörige in den KZs umgebracht wurden.

Bei den Degesch-Leistungen handelte es sich nicht nur um die Blausäurepräparate, sondern auch um standardisierte Degesch-Kreislaufkammern für die Entlausung von Kleidern. Zudem schickte Degesch Spezialisten für die Großraumdurchgasung von Kasernen und Schiffen. Die Spezialisten führten auch Schulungslehrgänge für SS-Sanitäter durch; die fanden jährlich im KZ-Oranienburg-Sachsenhausen statt.

Ab Juni 1941 war es beschlossene Sache, die umfassende Vernichtung von Juden durchzuführen. Die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung produzierte jetzt auch für die Beseitigung von „Volksschädlingen“. Wie kam es dazu? Der Kommandant des KZ Ausschwitz bemühte sich um seinen Beitrag zur „Endlösunug der Judenfrage“, die nun offiziell beschlossen war. Höss waren die Massenmorde durch Auspuffgase oder Kohlenmonoxid zu aufwendig und zu „unhygenisch“. Er ging auf Reise zu seinen SS-Kollegen in Ostpolen auf der Suche nach anderen Vernichtungsmethoden. In der Zwischenzeit experimentierte sein Stellvertreter Fritzsch in Ausschwitz. Er ließ eine Gruppe polnischer und russischer Kriegsgefangener mit dem Blausäurepräparat „Zyklon B“ ermorden. Höss wiederholte dies nach seiner Rückkehr durch die Ermordung von weiteren 500 russischen Kriegsgefangenen. Damit war der Weg frei für den ständigen Einsatz des Degesch-Produktes zur „Endlösung“. Zyklon B wurde dann 1942/43 im gesamten KZ-System eingesetzt.

Degesch lieferte ab 1943 das Zyklon selber tonnenweise. Als die SS an den Geschäftsführer der Degesch, Peters, mit der Forderung herantrat, den Geruchswarnstoff zu entfernen, zögerte dieser. Die SS wollte die Tö-

Der Zyklon B-Prozeß gegen Gerhard Peters

Bruno Tesch, Inhaber einer Vertriebsgesellschaft für Zyklon B und sein Stellvertreter Weinbacher sind von den Briten hingerichtet worden, weil mit ihrem Wissen alliierte Staatsangehörige mit dem Giftgas getötet worden waren. Der Hauptverantwortliche für die Zyklon B-Produktion und -Lieferung, der geschäftsführende Direktor von Degesch, Gerhard Peters, hatte mehr Glück. Er ist der einzige Degesch-Vertreter, gegen den es jemals zu einer Anklage kam.

Peters war nicht nur Degesch-Leiter, sondern auch Vorsitzender des Arbeitsausschusses „Raumentwesung und Epedemiebekämpfung" des Nazi-Rüstungsministeriums und zuständig für die Verteilung des Zyklon B an die Wehrmacht.

Peters beschäftigte von 1949 bis 1953 sieben mal die Gerichte, ehe er 1955 in einem Wiederaufnahmeverfahren den Freispruch bekam.

Im März 1949 stand Peters das erste Mal vor Gericht. Die Anklage lautete auf Beihilfe zum Mord. Peters hatte insgesamt 23,2t Gas an die SS in Ausschwitz verkauft. Wofür, war Peters bekannt. Das Schwurgericht hielt fest: *„Von dem Angeklagten Peters selbst ist bekundet worden, daß 1944 ein SS-Beamter zur Degesch gekommen ist und die sofortige Auslieferung von Zyklon B verlangt hat, weil, wie er dem Angeklagten mitgeteilt hat, 250 000 Juden im Anmarsch seien"* (es handelte sich um verschleppte ungarische Juden). Doch das hielt das Gericht nicht davon ab, Peters im Urteil die besten Eigenschaften zuzusprechen: *„allgemein anerkannter und geschätzter Mann... ein Wissenschaftler von Rang... ein Mann des Wirtschaftslebens... geschickt und erfolgreich... von außerordentlicher Schaffenskraft und Schaffensfreude... von anerkennenswertem Berufsethos, im persönlichen Leben einwandfrei."*

Selbst die Entfernung des Geruchswarnstoffes, der anzeigte, daß es sich um Giftgas handelte, wurde Peters vor Gericht zugute gehalten. Dadurch sei der Tod von Menschen *„menschenwürdiger"* gemacht worden, befand das Gericht (es handelte sich immerhin um ca. 450 000 Menschen, die durch das geruchlose Zyklon umgebracht wurden). So wurde die Beschleunigung des ohnehin schon fieberhaften Vergasungsbetriebes vom Gericht zu Peters' Gunsten umgebogen.

Das Gericht: *„Das Bemühen Gersteins* (der SS-Offizier, der die Entfernung des Geruchswarnstoffes forderte) *um eine humanere Tötungsart hat der Angeklagte wohl für völlig aufrichtig gehalten. Von diesem gewann er den Eindruck, daß er mit großer Anteilnahme und Gewissenhaftigkeit sich um eine alle Qualen weitestgehend ausschaltende Vollzugsart bemühe. Unter diesen Umständen glaubt das Gericht nicht feststellen zu können, daß Dr. Peters mit der Möglichkeit gerechnet hat, die Tötungen können grausam erfolgen und hervorgegangen sein aus gefühlloser und unbarmherziger Gesinnung..."*

Das Urteil: Wegen Beihilfe zum Totschlag (nicht mehr Mord) wurde Peters zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Nach dem Urteil des Frankfurter Schwurgerichts beschied das Oberlandesgericht Frankfurt im Oktober 1949 auf „Beihilfe zum Mord". Zur Änderung des Strafmasses ging der „Fall" Peters an das Landgericht zurück. Dies jedoch entschied wiederum wie zuvor auf 5 Jahre Zuchthaus.

Fortsetzung S. IX

tungsrate erhöhen. Die Entlüftungszeiten der Gaskammern sollten verkürzt werden und Paniken unter den Opfern vermieden werden. Für Degesch bestand das Problem darin, daß ihr Patent für die Blausäure mittlerweile abgelaufen war. Jetzt hielt nur noch der patentierte Geruchswarnstoff das Monopol für Zyklon B aufrecht. Peters beugte sich der SS und lieferte ihr die geruchslose Blausäure.

Otto Köhler schreibt in seinem Buch über die IG Farben „Und heute die ganze Welt...", daß Degesch 70% ihre Umsatzes mit Zyklon B machte; 90% davon seien ins KZ Ausschwitz geliefert worden. Der Degesch-Konzern war zu jeweils 42,5% in den Händen von IG Farben und Degussa (an denen die IG auch noch mal Anteile hatte) und zu 15% der Goldschmidt AG. Trotz dieser Besitzverhältnisse und der Verwicklung von Degussa-Managern an der Direktlieferung von Zyklon B ans KZ Auschwitz ist Degussa nicht in die Kriegsverbrecher-Prozesse mit einbezogen worden. Als sich die Kommission zur Entflechtung der Industrie der US-Besatzungsbehörde (OMGUS) 1947/48 an eine Gesamteinschätzung der Industrie im Nazi-Faschismus machte, waren die Weichen für den Kalten Krieg schon längst gestellt. Die Kommission war bereits weitestgehend entmachtet.



DEGUSSA – die Muttergesellschaft

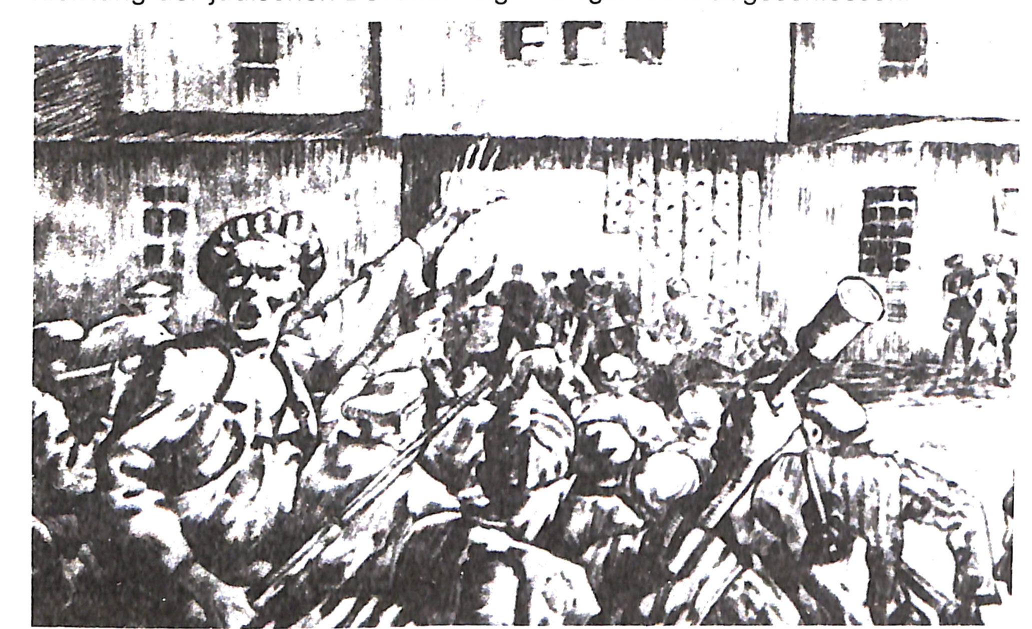
Degussa entstand 1873 und hatte gleich ihren Aufschwung mit dem Deutsch-Französischen Krieg und der Reichsgründung. Als Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt gab es viel an Gold- und Silbermünzen ein- und umzuschmelzen. Im Gegensatz zu den meisten konkurrierenden Großunternehmen stand Degussa in der Weimarer Republik bestens dar. 1930/31 verfügte Degussa über das Monopol über die gesamte Holzverkohlungsindustrie.

Wie auch andere Firmen profitierte Degussa von der „Arisierung", der Enteignung jüdischen Firmenbesitzes. 1933 erwarb Degussa den Großteil der Aktien der „Deutschen Glasglühlicht Auergesellschaft Berlin". 1934 ging die Auergesellschaft ganz in den Besitz Degussas über. Verschiedene andere Fabriken wurden noch von Degussa „arisiert", bei gleichzeitiger „Nazifizierung" der eigenen Firmenleitung.

Ihren ersten großen Einsatz im Rahmen der NS-Raubpolitik hatte Degussa nach der Einverleibung Österreichs. Das Nazi-Regime hatte sich entschieden, die fehlenden Resourcen (Gold, Bodenschätze usw.) durch Raub und Ausplünderung anderer Länder zu besorgen. Degussa schmolz einen Teil der in Österreich erbeuteten Reserven der Österreichischen Nationalbank um.

Im April 1938 wurde die in Deutschland verbliebene jüdische Bevölkerung zur Devisenquelle erklärt. Die Mehrheit der wohlhabenden jüdischen Schicht war ins Exil gegangen, nachdem sie ihre Kapitalwerte zur „Arisierung" an die Großbanken verkaufen mußte. Für das Edelmetall, das sie mitnahmen, mußten sie riesige Devisenäquivalente* abführen. Jetzt, im Jahre 1938 mußte die jüdische Bevölkerung alle devisenfähigen Vermögen anmelden. Einen Monat nach der Reichsprogromnacht („Reichskristallnacht") war dann der eigenständige Verkauf von Gold, Platin, Silber, Edelsteinen und Perlen verboten. Sie mußten an staatliche Ankaufstellen verkauft werden. Am 21. Februar 1939 wurde die jüdische Bevölkerung gezwungen, alle wertvollen Gegenstände aus Gold, Silber, Juwelen usw. zu einem Inlandsverkaufswert von 40% abzuliefern.

Degussa war an der Ein- und Umschmelzung der Edelmetalle beteiligt. Bevor Degussa über Degesch ihren Beitrag an der physischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung leistete, beteiligte sie sich schon an der Zerstörung von deren wirtschaftlichen Existenzgrundlagen. Den Kreis schloß Degussa, indem sie auch die Vermögenswerte (Juwelen, goldene Uhren, Eheringe), die den Verschleppten in den Vernichtungslagern abgenommen wurden, einschmolz. Doch damit ist die grausige Bilanz des Degussa-Konzerns noch längst nicht abgeschlossen.



Sturm auf das Tor. Zeichnung von Roman Jetimenko, ehemaliger sowjetischer Häftling im KZ Buchenwald

Degussa und der Griff nach der Atombombe

Die 100%ige Degussa-Tochter Auergesellschaft erwähnten wir bereits. Auer sollte bei den Anstrengungen nach einer deutschen Atombombe eine wesentliche Rolle spielen.

Auer war führend bei der Entwicklung von Atem- und Sauerstoffgeräten für Gewerbeschutz und Bergbau. Sie belieferte u.a. die Reichswehr mit Gasmasken. Heute ist unter den Empfängern von Auer-Gasmasken auch die südafrikanische Armee, wie sich bei dem Putsch in einem Homeland in Südafrika dieses Jahres herausstellte. Auer wurde allerdings in den 50er Jahren von Degussa abgestoßen.

Auer lieferte der SS die Spezialmasken, die beim Einsatz des Zyklon-Gases schützen sollte. In dem Oranienburger Hauptwerk von Auer wurden 1.700 weibliche Häftlinge zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Andere Produktionsschwerpunkte hatte Auer bei der Rußerzeugung und Aktivkohle und der Verwertung von besonderen Erden und Spezialmetallen. Bei der Besetzung Frankreichs fielen Auer die gesamten französischen Vorräte an dem radioaktiven Thorium in die Hände. Später durfte Auer die gesamten Thoriumvorräte des besetzten Europas bei sich einlagern.

1939 war die Kernspaltung gelungen und damit war den deutschen Atomwissenschaftlern klar, daß nun Bomben bisher unerreichter Sprengkapazitäten möglich wurden. Damit ging die Entwicklung für Degussa/Auer sehr schnell. Alle Uranvorkommen

Europas sollten für die militärische Nutzung des NS-Regimes gesichert werden. Degussa ging daran, sich alle Uran-, Pechblende- und Radium--Vorkommen unter den Nagel zu reißen. Bereits wenige Wochen nach dem Polenüberfall hatte Auer den Auftrag, mehrere Tonnen reines Uranoxid herzustellen. Die erste Tonne reines Uranoxid ging 1940 aus dem Auerwerk Oranienburg an das Heereswaffenamt. Ende 1940 wurde auf reines Uranmetall umgestiegen; dadurch trat Degussa mit ihrem Frankfurter Stammwerk II auf den Plan.Später bezog Degussa auch noch ihr Chemiewerk Grünau bei Berlin in die Produktion für das Atombombenmaterial ein. Bis Kriegsende wurden insgesamt 14,3 Tonnen Uranmetall hergestellt.

Auch wenn Degussa bis zuletzt an der Atombombe arbeitete, reichte die Zeit nicht. Die Sowjetunion und die westlichen Alliierten kamen ihr zuvor. Das Werk Oranienburg der Auergesellschaft wurde im März 1945 von der US-Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht und damit zugleich verhindert, daß es der Sowjetunion in die Hände fiel.



Die Frage ist oft gestellt worden, wieso es die Nazis nicht bis zur Atombombe gebracht hatten. Kurz vor Einmarsch der Alliierten war in Schwaben ein Versuchsreaktor fertiggestellt worden. Doch der Probelauf scheiterte an dem Fehlen einer restlichen Menge Schweren Wassers, das von der konkurrierenden Physikergruppe aus dem Heereswaffenamt um Kurt Diebner nicht herausgegeben wurde. An der deutschen Atombombe arbeiteten nämlich zwei miteinander konkurrierende Gruppen von Kernphysikern. Die mangelnde Kooperation zwischen Forschern, wie auch zwischen Forschern und Industrie scheint ein Grund gewesen zu sein, daß die Amerikaner ihnen zuvorkamen. Eine

Fortsetzung Zyklon-B Prozess

Die Staatsanwaltschaft ging in Revision *(„...liegt doch die Zahl der Gemordeten ungewöhnlich hoch")* und das Verfahren ging 1951 an das Landgericht Wiesbaden. Das Urteil im November 1951: Die im ersten Frankfurter Verfahren getroffenen Feststellungen über das Innenleben des Täters seien so widersprüchlich, sie stellen keine Grundlage für einen Strafausspruch dar. Dies könne aber nicht Peters angelastet werden, dessen Aussagen damit nicht widerlegt seien. Auf der Grundlage seiner eigenen Einlassungen bekam Peters 4 1/2 Jahre.

Der Bundesgerichtshof hob diesen Strafausspruch 1951 auf. Aufgabe des Wiesbadener Gerichts sei es nicht gewesen, die Feststellungen über Peters' Psychologie zu überprüfen,sondern auf der Grundlage der getroffenen Feststellungen das richtige Strafmaß zu finden.

Das Wiesbadener Schwurgericht entschied dann 1953 auf 6 Jahre. Die Tat sei Peters *„an sich persönlichkeitsfremd".* Wie ein großer Teil des deutschen Volkes habe er nicht die Kraft zur erforderlichen Kritik an der Staatsführung gehabt. Als mildernd galt, daß Peters *„das Lebenswerk, dem er seit den Tagen seines Studiums in sachlicher Leidenschaft gedient hat, in sich zusammenbrechen sehen mußte."*

Danach strengte Peters ein Wiederaufnameverfahren an. Dazu kam es im Mai 1955 vor dem Frankfurter Landgericht. Diesmal ging das Gericht anders heran. Die Theorie der Massenvergasung aus Humanität spielte keine Rolle mehr. Im Zentrum stand für das Gericht die Frage: was geschah mit dem Zyklon B in Auschwitz?

Die sieben Gerichte zuvor waren selbstverständlicherweise davon ausgegangen, daß die in Auschwitz quittierten Gaslieferungen zum Töten genutzt worden sind. Das Zyklon war rar und die Desinfektion wurde mit anderen Mitteln durchgeführt. Das Gericht wollte jetzt ganz genau *„die Wege, die das Gift genommen hat, verfolgen."* 19,5 t sind über Tesch & Stabenow geliefert worden.Über den Verwendungszweck sei Peters nicht informiert gewesen. Die 3,7 t, die Peters direkt lieferte und wo der Gruchswarnstoff fehlte, seien eventuell auch nicht zum Töten genutzt worden.

Der SS-Offizier Gerstein hatte behauptet, Zyklon B-Stoff unbrauchbar gemacht zu haben. Da die Zeugen im Verfahren nicht von 500 g-Dosen sprachen, die Größe, die Gerstein angefordert hatte, sondern von größeren, könne nicht bewiesen werden, daß ausgerechnet mit dem von Peters gelieferten Zyklon getötet wurde. Es könne sein, daß sich unter dem von Gerstein vernichteten Zyklon 500 g-Büchsen befunden hätten. So kam das Gericht zu dem Schluß, *„daß der Angeklagte nicht wegen Beihilfe zur Tötung verurteilt werden konnte. Da das Verbrechen, zu dessen Begehung der Angeklagte Beihilfe geleistet hat, nicht zur Ausführung gelangt sei, erfülle sein Handeln den Tatbestand der sog. erfolglosen Beihilfe."* Freispruch!

praktisch ausgerichtete Kooperation im großen Stil, wie sie in den amerikanischen „Atomstädten“ Oak Ridge und Los Alamos verwirlicht wurde, hat in Deutschland nicht stattgefunden.
Wie Degussa ihre Atompolitik bis in die heutigen Tage fortsetzt, wäre sicherlich noch mal einer besonderen Untersuchung wert. An Degussas Image ist nach dem Krieg nicht gekratzt worden. Die Dresdner Bank und die Henkelgruppe sind nach wie vor Degussa-Eigner, heute zusammen mit der Münchner Rückversicherungsgesellschaft und einer Vielzahl von Kleinaktionären.

Hermann Schlosser, Degussa-Vorstandsvorsitzender, überreichte inzwischen noch im Januar eine Spende von 45.000 Reichsmark an die SS. Mit dem Bundesverdienstkreuz ausgestattet, war Schlosser auch 1987 noch mit Generalvollmacht im Firmenvorstand zu finden.



Degesch Firmenschild in Westberlin 1988 - Degesch und Degussa teilen sich die 3. Etage

Degesch Heute

Mehrer Jahrzehnte lang konnte Degesch unbeachtet weiter ihre Profite mit dem todbringenden Stoff machen, mit dem der Massenmord in den Nazi-KZ's durchgeführt wurde. In der ganzen Welt wird auch heute noch das Schädlingsbekämpfungsmittel unter dem Namen **Zyklon** vertrieben. Mit Rücksicht auf die deutsche Vergangenheit läuft das Zyklon in der BRD unter dem Namen **Cyanosil**.

Bis 1986 hatte sich auch an den Besitzverhältnissen seit der Nazi-Zeit nichts geändert. Der Stein kam erst ins Rollen, als Degesch an die Firmengruppe **Detia-Freyberg** verkauft wurde. Detia übernahm alle Geschäftsanteile der drei Gesellschafter **Bayer, Degussa** und **Goldschmidt. Mit dem Kauf hat Detia-Freyberg praktisch das Weltmonopol im Bereich Nachernte-/Vorratsschutz.** Detia/Degesch exportiert heute dreiviertel ihrer Produktion, der Rest wird in den Lagerhallen der EG versprüht.

Nach dem Verkauf kündigte Degussa der Degesch das Werksgelände in Hanau-Wolfgang zum Sommer 1988. Dadurch kam Degesch in Zugzwang und beantragte eine neue Produktionsstätte im Frankfurter Osthafen.

Doch eine Degesch-Initiative und die Grünen machten mit ihren Recherchen dem neuen Degesch-Eigentümer einen Strich durch die Rechnung. Auf dem Degussa-Gelände in Haunau-Wolfgang hatte Degesch Aluminiumphosphid produziert. Dies sollte in der neuen Produktionsstätte im Frankfurter Osthafen fortgesetzt werden. In einem Reaktorbrennverfahren sollten bis zu 900t Schädlingsbekämpfungsmittel im Jahr hergestellt werden. Schon im „Normalbetrieb“ wird bei der Produktion von Aluminiumphosphid (25mal giftiger als Cyankali) das hochgiftige Gas Phosphin (Phosphorwasserstoff) freigesetzt. Falls Aluminiumphosphid mit Feuchtigkeit (Wasser oder feuchte Luft) in Berührung kommt, entsteht das hochwirksame Stoffwechselgift Phosphin. Auf diese Weise wird es in Getreidekammern gegen den Kornkäfer eingesetzt; es ist bereits in einer geringen Konzentration tödlich.

In Rinteln bei Hannover starben im Mai 1985 zwei Menschen, als Phosphin durch ein Leck in einem Getreidesilo in angrenzende Wohnräume entwich. Eine ähnliche Panne geschah in Mannheim im Dezember 1987: dort mußten 35 Menschen aus ihren Häusern evakuiert werden.

In seinen Berechnungen geht das Darmstädter Ökoinstitut davon aus, daß aus den 160t Aluminiumphosphid, das sich maximal in der Degesch-Anlage befindet, bei einem Störfall bis zu 94t Phosphin entstehen können. 50 Kubikmeter Wasser würden dafür schon ausreichen. Die kämen z.B. bei einem Großbrand schnell zusammen. Solch ein Brand würde für die Menschen in einem Umkreis von 3km Lebensgefahr bedeuten; in einem Umkreis von 300m wäre die Dosis sogar innerhalb von 5 Minuten tödlich.

In Laudenbach, dem Sitz des Detia-Werkes, klagen die Anwohner über extremen „Knoblauchgeruch“. Recherchen der Grünen deckten auf, daß der Emissionsausstoß von Detia den erlaubten Wert um das 200fache übersteigt!

Außerdem stellten die Grünen ausgehend von der Sicherheitsanalyse der Tochterfirma Degesch folgendes fest: Bei einem Reaktor, der täglich 1,8t Aluminiumphosphid herstellt (nach Angaben von Detia sind es sogar 2t), würden bei einem plötzlichen Wassereinbruch aus einer Tagesproduktion allein 1 Tonne Phosphin freigesetzt. Genug, um 1 Million Meknschen zu töten. Aus diesem Grund warnen auch die Umweltschützer vor einem „Bophal am Main“. In Bophal in Indien sind vor

ein paar Jahren mehrere tausend Menschen bei einer Chemiekatastrophe durch das Union Carbide-Werk umgekommen.

Aber neben der Produktion und Lagerung von ca. 100 t Aluminiumphosphid liegen in Laudenbach noch ca. 28 t Methylbromid, einem der heimtückichsten Nervengifte überhaupt. Bei einem Unfall wäre das Problem, daß die unterschiedlichen Gifte gegensätzlichen Löschmaßnahmen erfordern.

Gegen den Degesch-Antrag für die Produktionsstätte im Frankfurter Osthafen wurden 600 Einwendungen eingereicht. Von Bewohnern des Osthafenviertels, von Umweltschützern, den Grünen, ehemaligen KZ-Häftlingen und der Stadt Offenbach. Damit war klar, daß Degesch bei einer Genehmigung durch den Regierungspräsidenten mit Einsprüchen zu rechnen hat. Das würde drei- bis vierjährige Prozesse nach sich ziehen. Das Degussa-Gelände war aber schon zum Sommer 1988 gekündigt.

Am 28.3.88 hat dann Degesch offiziell den Antrag zur Aluminiumphosphid-Produktion im Frankfurter Osthafen zurückgezogen. Degesch spricht jetzt davon, die neue Produktionsstätte im Ausland zu errichten und eventuell zusätzlich die Produktion bei der Muttergesellschaft in Laudenbach zu erweitern. Dort gäbe es noch ungenutzte, genehmigte Produktionskapazitäten.

Welche Länder es wohl trifft? Detia/Degesch hat Niederlassungen in 8 Ländern. Degesch verfügt über gute Beziehungen zu den Diktaturen in Chile und Südafrika. Dort ist Degesch sicherlich nicht mit den störenden Umweltauflagen konfrontiert. Fragt sich nur, wie der Umgang mit den Detia/Degesch-Produkten in diesen Ländern aussieht, wenn es hier in der BRD schon zu tödlichen Unfällen kommt.

Degesch: Schließung oder ökologische Produktion?

Über die Zukunft von Degesch ist ein Streit entbrannt. In dem Antrag der Grünen-Mehrheit („Realos" und „autonome Frauen") an den Frankfurter Magistrat heißt es: „Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Firma Degesch ist die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zu verträglicher Produktion überzugehen." In der Schließung sehen sie „keine echte Vergangenheitsbewältigung".

Auf dem Hintergrund des Massenmordes, den Degesch im Hitler-Faschismus mit betrieben hat, sicherlich eine makabre Argumentation. So sehen es die anderen Degesch-GegnerInnen. Für Linke, Grünen-Fundis, den Zentralrat der Roma und Sinti, Mitglieder des „Ausschwitzkomitees" und die Vereinigung französischer Deportierter, Internierter und Widerstandskämpfer ist es klar: Daß es diese Firma überhaupt noch gibt, ist der Skandal. Degesch gehört geschlossen, selbst wenn die Firma ökologisch unbedenklich wäre.

Auch die Position der Linken zeigt, vor welchen Problemen und Schwierigkeiten die AntifaschistInnen heute stehen. Wie soll denn die Schließung der Firma durchgesetzt und verhindert werden, daß unter anderem Namen im Ausland weiterproduziert wird? Wie ist das zu kontrollieren? Degesch ist kein Einzelfall sondern nur ein besonders krasses Beispiel für die Rolle der Deutschen Industrie von 33 bis 45 und danach. Sollen wir deshalb die BRD in einen Agrarstaat umwandeln?

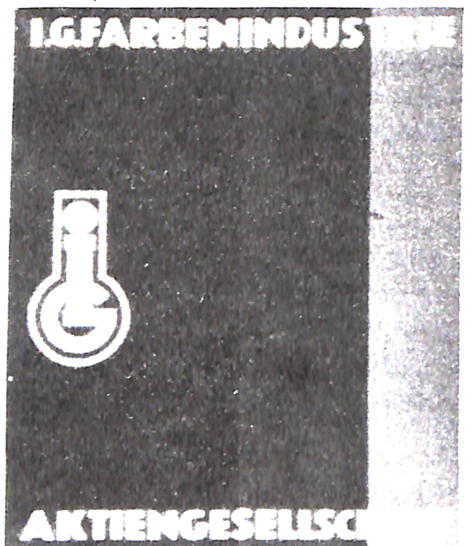
Die Arbeiterklasse hatte nach 1945 in den Westzonen nicht die Kraft und Möglichkeit mit der herrschenden Klasse abzurechnen. Nur wenn es den Beschäftigten gelingt, den Unternehmern die Kontrolle über die Produktion zu entreißen und sie in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, werden auch die Wurzeln des Faschismus ausgerottet. Das Wissen um die Vergangenheit und die Ursachen des Faschismus ist eine Voraussetzung, um diese Zukunftsaufgabe zu bewältigen.



Die blutige Spur der IG Farben

Zwei Weltkriege wären undenkbar gewesen ohne den Anteil, den die IG Farben daran hatte. Die IG Farben-Konzerne waren maßgebliche Kriegstreiber des 1. Weltkrieges. Daß die IG Farben lediglich der Nazi-Armee bei ihren Überfällen auf andere Länder hinterherzogen, ist eine maßlose Verharmlosung dessen, was die IG Farben im Nazi-Faschismus betrieb. Sie war der Kriegswirtschaftsplaner der Nazis. An Degesch, der Zyklon B-Produzentin, waren sie mit 42,5% beteiligt. Die Rolle von Degesch bei der Massenvernichtung haben wir schon ausführlich beschrieben (siehe Degesch-Artikel). **Zwei verlorene Weltkriege, an denen IG Farben maßgeblich beteiligt war, haben die Macht der IG Farben-Konzerne nicht brechen können – bis heute nicht.**

Die großen Chemiekonzerne in Deutschland machten zu Anfang des Jahrhunderts einen großen Entwicklungssprung. 1904 und 1906 bildeten sie zwei Kartellringe, die Vorläufer der IG Farben. 1913 kontrollierte die deutsche Chemieindustrie 82% der Weltfarbenproduktion.



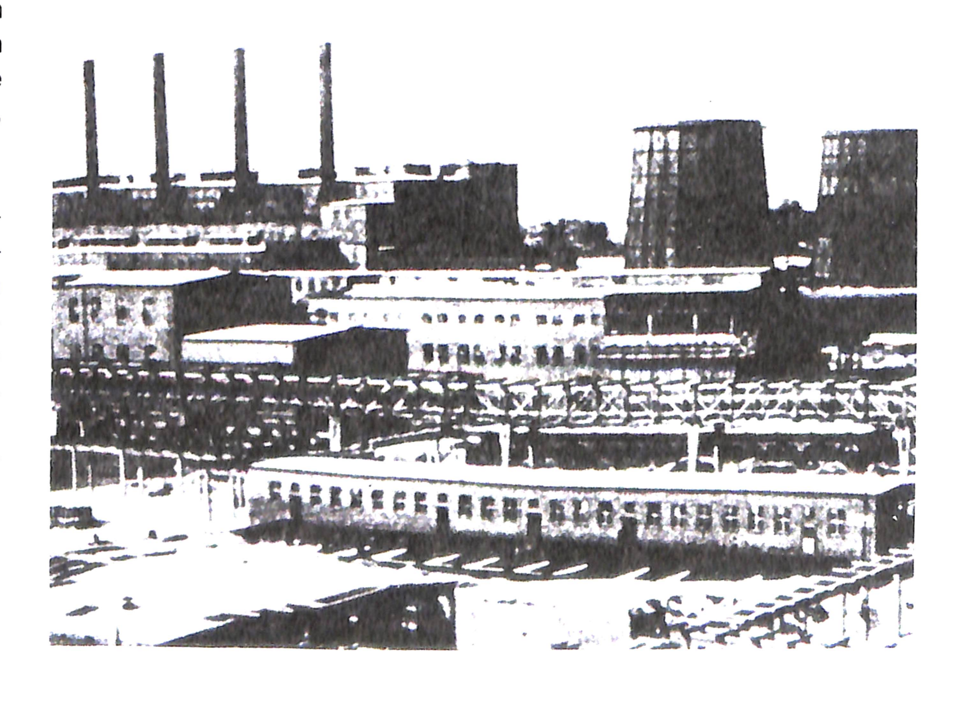
IG-Farben Firmenzeichen
schwarz rot gold

Lange genug hatten die Konzerne die fehlenden Kolonien beklagt. Der 1. Weltkrieg war das, worauf die großen Monopole schon lange warteten - nach der Devise: „Lassen sich die Märkte nicht mehr wirtschaftlich erobern, dann werden die Truppen geschickt."

1916 schloßen sich die Chemiebetriebe zu einem Kartell zusammen. Die Interessen der Industrie verlangten nach einer zentralisierten Kriegsproduktion. Durch das Zusammengehen von sechs Konzernen war die „Interessen-Gemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken" geboren. Allerdings war dies erst die „kleine" IG, es war lediglich ein Kartell, kein Konzern.
Die IG Farben war entscheidend für die Fortführung des Krieges. Es waren keineswegs die heilenden Medikamente Bayers, die entscheidend waren. Damit machte Bayer sicherlich auch seine Profite, entscheidend war das Geschäft mit dem Töten. Das deutsche Militär war abhängig von auswärtigen Rohstoffen. Vor allem von Salpeter aus Südamerika, das für Schwarzpulver benötigt wurde. Als der deutsche Militarismus davon abgeschnitten war, sicherte die IG Farben die Weiterführung des Krieges durch die Produktion von synthetischem Salpeter. Wieviele Millionen Menschen wären bei einem Kriegsende zu diesem Zeitpunkt am Leben geblieben!

Carl Bosch, stellvertretender BASF-Direktor, forderte als Gegenleistung für die künstliche Salpeterproduktion Abnahmegarantien und ein Staatsdarlehen von 35 Millionen Mark. Im Mai 1915 lief die erste Großanlage mit einer Tagesleistung von 150 t Salpetersäure.
Das Leuna-Werk wurde das wichtigste Glied der Stickstofferzeugung für die deutsche Munitionsproduktion (Stickstoffverbindungen sind die Grundlage für Schießpulver und Sprengstoff). In den drei Leuna-Verträgen bekam die BASF insgesamt 432 Millionen Mark. Die sollten zurückgezahlt werden, wenn die Jahresproduktion von 120.000 t erreicht wird. Dies geschah „zufälligerweise" im Inflationsjahr 1923. Mit anderen Worten, die Kredite waren so gut wie geschenkt!
Ein weiterer Bereich, den die IG Farben-Konzerne aufzubauen begannen, war die Produktion von synthetischem Gummi. Durch die Seeblockade der Engländer war es zu einem Gummi-Mangel gekommen.

Besonders hervorgetan hatten sich die IG-Farben-Konzerne mit dem Gaskrieg. Der war durch die Haager Konvention geächtet. Es kostete der IG Farben einige Mühe, die deutschen Militärs von dem Einsatz von Giftgasen zu überzeugen. Am 22. April lief der erste Gasangriff: 6.000 Tote und 10.000 Personen mit schweren Gasvergiftungen. Später wird die IG Farben - ähnlich wie der Degesch-Geschäftsführer Peters für den Zyklon B-Einsatz gegen Menschen - „Humanitätsgründe" für



die Massenvergiftungen anführen. Schließlich sollte das Leidejn im Krieg verringert werden.
Bis 1918 wurden 60 Millionen kg hochkonzentrierte Gaskampfstoffe in Granaten aller Größen gefüllt. In der Nähe der Bayer-Werke in Leverkusen wurde eine Schule für den Gaskrieg für Armeeangehörige eröffnet.

Die IG Farben braucht die Diktatur

1925 dann schlossen sich die IG Farben-Unternehmen zu einem einheitlichen, straff geführten Konzern zusammen. Der Konzern hatte 1927 70 Tochtergesellschaften, bis 1943 4oo Inlands- und 5oo Auslandsbeteiligungen.

Die jetzt „große" IG Farben versuchte, massiv Einfluß in der Politik zu bekommen. 1928, nach der Reichstagswahl hatte die IG Farben fünf führende Konzernvertreter als Abgeordnete in verschiedenen Parteien im Reichstag. Einer wurde später Reichswirtschaftsminister und Reichsfinanzminister. Der Finanzberater des Reichskanzlers Brüning war Hermann Schmidt, Vorstandsmitglied der IG Farben. Die Notverordnungen, die Brüning erließ, waren in der Führungsetage der IG Farben ausgearbeitet worden.
Die bürgerlichen Parteien finanzierte die IG Farben so lange, wie sie ihr nutzten. Der 1.Weltkrieg war nun schon einige Kahre her. Das Projekt zur Erstellung von künstlichem Kautschuk, das die IG Farben damals begonnen hatte, war noch nicht bis zur Produktionsreife entwickelt worden. Das künstliche Benzin wurde zunehmend unrentabel. Die IG Farben brauchte eine Diktatur und näherte sich damit den Interessen der Nazis an; auch wenn sie anfangs eine gewiße Zurückhaltung gegenüber dem Programm der Nazis zeigte. Als exportorientierter Konzern konnte sie nicht gänzlich auf ausländische Rohstoffe verzichten. Da hatte die IG Farben Probleme mit dem -autarkieprogramm der Nazis.

Im Februar 1933 war die IG Farben bei der Wahlkampfspende der Industrie dabei. Sie leistete zwei Wochen vor der endgültigen Machtübernahme der Nazis die größte Einzelspende: 400-.000 RM.
Zwischen 1933 und 1944 zahlte allein die Dachgesellschaft der IG Farben (ohne die Tochterfirmen) über 81 Millionen RM an die Nazis. Daß sich die Unterstützung der Nazis gelohnt hatte, zeigen die Bilanzen der IG Farben: ihre Gewinne schnellten von 48 Millionen RM im Jahre 1932 auf 822 Millionen RM im Jahre 1943. Der Nazi-Krieg brachte einen immensen Konzentrationsprozeß des Kapitals; da war natürlich die IG Farben dabei. 1943 besaßen 2% der Aktiengesellschaften beinahe die Hälfte des Gesamtkapitals in Deutschland. Der Sprengstoffsektor z.B. war fast völlig in der Hand von zwei Unternehmen: Dynamit Nobel (in IG Farben-Hand) und WASAG, ein Stahltrust.
1937 führte die IG Farben bei sich die „Arisierung" durch, Vorstand und Aufsichtsrat waren von da ab „judenfrei".

Das IG Farben-Vorstandsmitglied Bütefisch im Nürnberger Prozeß:
„Ohne die IG Farben, insbesondere ohne IG-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, der Treibstoffe, des Magnesiums, wäre es in Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen."

Ihre wesentliche Rolle in der Rüstungsproduktion spielte die IG Farben wieder in den drei Bereichen: Kohlehydrierung (für das künstliche Benzin), künstlicher Kautschuk (damit die Militärfahrzeuge rollten) - beides, um das Nazi-Deutschland unabhängig von ausländischen Rohstoffen zu machen - und nicht zuleztt die Kampfgasproduktion. Die IG Farben verfügte 1943 über 95% der deutschen Gesamtproduktion an Giftgasen.

Die Herren der IG Farben planen den Krieg

Die IG Farben war natürlich im „Freundeskreis des Reichs-Führers SS" vertreten, zusammen mit anderen Bankiers und Indsutriellen. Dort wurde die Idee entwickelt, die Wirtschaft nach dem Führerprinzip zu organisieren. Dieser Kreis brachte Gelder für Himmlers „Fonds für Sonderausgaben" auf. Darunter fielen Gaskammern, Verbrennungsöfen, die Brechung jeglichen Widerstandes mittles blutiger Massenvernichtung.

Der „Wirtschaftsführerkreis" (F-Kreis) wurde vom IG Farben-Vorstandsmitglied Max Ilgner gegründet. Der war ein Instrument, den NS-Propagandaapparat zu beeinflußen. Der Ruf im Ausland war nicht der beste und es bestand die Gefahr, daß die Exportpolitik der IG Farben darunter zu leiden hatte.
Die „Wirtschaftspolitische Abteilung" der IG Farben wurde später zur „Vermittlungsstelle W" (Wehrmacht). Hierüber lief die Verbindung der IG Farben zur Wehrmacht. Die „Vermittlungsstelle W" entwickelte sich zu einem IG Farbenen-eigenen Generalstab. Carl Wurster (nach dem Krieg bei BASF) war der Verantwortliche für die Stelle. Der Jahresetat lag zwischen 7 und 12 Millionen RM. Bereits 1935 befaßte sich die „Stelle W" mit dem Kriegsfall. Sie hatte den Auftrag, Bombenwirkung auf Fabriken zu untersuchen. Seit diesem Zeitpunkt also wußte Wurster vom anstehenden Krieg.

Das Paradebeispiel für die Personalpolitik der IG Farben im Nationalsozialismus ist das IG Farben-Vorstands- und NSDAP-Mitglied Carl Krauch. An seiner Person wird es offensichtlich, daß die IG Farben nicht lediglich auf einen fahrenden Zug aufgesprungen und den mordenden und plündernden Nazi-Horden nur hinterhergezogen ist. Die IG Farben war ein wichtiger Pfeiler der Nazi-Kriegsvorbereitungen. Die feinen Herren aus der Vorstandsetage der IG Farben betrieben die Planung der Kriegswirtschaft.

1936 wurde der sog. Rohstoff- und Devisenstab gegründet. Aus ihm ging einige Monate später die Vierjahresplanbehörde hervor. Krauch wurde Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung dieses Stabes, das IG Farben-Vorstandsmitglied Wurster ehrenamtlicher Mitarbeiter.
Ein geheimer Bericht der Krauchschen Abteilung war die wirtschaftspolitische Grundlage für Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan im August 1936. Hitler übernahm Krauchs „Denkanstöße" und der Vierjahresplan, der den Weg zu Massenmord und höchstem Profit weisen sollte, wurde entwickelt. Innerhalb von 4 Jahren sollte die Wirtschaft kriegsfähig sein.

Gemäß der Hitlerschen Denkschrift wurde die Vierjahresplanbehörde eingerichtet. Leiter war Göring. Als sie 1938 in das „Reichsamt für Wirtschaftsausbau" umgewandelt wurde, war sie praktisch eine IG Farben-Behörde. Krauch war stellvertretender Leiter, Berater waren die IG-Vorstandsmitglieder Wurster, Ambros, Bürgin, Bütefisch, Gajewski und Schneider. Krauch war die wichtigste Person in der Behörde, nichts wurde ohne ihn entschieden.
Die Unterabteilung leiteten die IG Farben-Direktoren Ritter und Eckell (der war noch zusätzlich Referatsleiter im Reichswirtschaftsministerium).
Ende 1938 ernannte Göring Krauch zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung. Damit konnte Krauch die übrige chemische Industrie konkurrenzunfähig machen.
Bei Krauch liefen entscheidende Fäden der Aufrüstung bzw. der Kriegsvorbereitung zusammen.

Ein weiterer Schritt, die Rüstungsproduktion voranzutreiben, war die Schaffung eines Kuratoriums, einer rüstungswirtschaftlichen Kommandozentrale. Krauch hatte dies im Juni 1938 gefordert. Es wurden neun Generalbevollmächtigte für die einzelnen Industriezweige geschaffen. Krauch war der Generalvollbemächtigte für die Chemie. Berater blieben Wurster und Bütefisch.

Nicht nur die deutschen Konzerne schielten auf die Eroberungszüge der faschistischen Armee. So gab es z.B. zwischen dem englischen Chemiegiganten ICI und der IG eine recht gute Zusammenarbeit. Noch vor dem Einmarsch der deutschen Armee in das Sudetenland legten die beiden Kartellpartner in einer Vertragsklausel ihre Einflußsphären in der Tschechoslowakei fest für den Zeitpunkt nach der Invasion. Das Münchener Abkommen besiegelte die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Doch bereits davor war schon klar, was passieren würde. Chamberlain, der britische Premierminister und sein Außenminister Simon, die beim Münchener Abkommen die neutrale Rolle Englands opferten, wußten es: sie waren Großaktionäre der ICI.

Krauch entwarf am 13.August 1938 einen „Schnellplan", womit die maximale Steigerung der Rüstungswirtschaft bis Herbst 1939 erreicht werden sollte.
Im April 1939 legte Krauch als Generalvollbemächtigter der Chemie und als stellvertretender Leiter des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau" dem Generalrat der Vierjahresplanbehörde einen Arbeitsbericht vor. Darin forderte er gleich zu Beginn der Feindseligkeiten eine schnelle Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge. Auf den „Blitzkrieg" brauchte er nicht mal mehr ein halbes Jahr zu warten. Der Polen-Überfall fand am 1.September des selben Jahres statt. In der deutschen Rüstungsindustrie steckten bereits 90 Millarden RM und der Nazi-Staat damit bis zum Hals in Schulden.

Die Invasion Polens war noch im Gange, da meldete die IG Farben schon Anspruch auf vier polnische Stoffabriken an. 1939 machte sich die IG Farben daran, zwei neue Riesenwerke aufzubauen; eines in Heydebreck, das andere auf polnischen Gebiet in Auschwitz.
1940, auf dem Höhepunkt der faschistischen Aggression, erstellten alle deutschen Großkonzerne zusammen mit den Reichsstellen genaue Kriegszielprogramme. Es ging um die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums, einschließlich Großbritannien. Das Ganze selbstverständlich als Etappe zur Weltherrschaft. Die IG Farben erstellte dabei ihren berüchtigten „Friedensplan". Es war nichts anderes als ein Raubplan. Die IG Farben war durch die deutsche Niederlage im 1.Weltkrieg auf den internationalen chemischen Märkten zurückgedrängt worden. Sie drängte auf eine „Neuordnung" der internationalen Märkte.

Sklavenarbeiter für die IG Farben

Nach dem Polenüberfall ging die IG Farben den Aufbau eines vierten Buna-Werkes an, um die Nachfrage der Wehrmacht zu befriedigen. Die IG Farben wählte Auschwitz als Standort. Dort war ein KZ im Bau. Um den zu beschleunigen, finanzierte die IG Farben den Ausbau des KZ und sorgte für den Häftlingsbarackenbau, für die Unterbringung der Gestapo. Sie dachte auch an die Arrestzellen für die Arbeitssklaven. 2 Millionen RM steuerte die IG Farben für den Ausbau bei.

Standard OIL – ein US-Konzern:
IG Farben hatte Ende der 20er Jahre Marktabsprachen mit Standard Oil getroffen. Als der Weltkrieg bereits voll im Gange war, als die deutschen Panzerwagen über die europäischen Nachbarländer hinwegrollten und die deutschen Bomben flogen, gab es einen Treibstofflieferanten für die Nazi-Armee aus dem Ausland: der US-amerikanische Konzern Standard Oil.
Außerdem bekam IG Farben 20% der Einnahmen von Standard Oil an deren Ölpatenten. US-Treibstoff wurde in großem Maße an die britische Luftwaffe geliefert. Mit ihren 20% verdiente die IG Farben auch an der Bombardierung der deutschen Städte durch die britische Luftwaffe.

Das Buna-Werk wurde mit den Arbeitssklaven aus dem KZ Auschwitz errichtet. Mehr als 25.000 Personen kamen dabei um.
Um den 7 km langen Fußmarsch der Häftlinge vom KZ zum IG Farben-Werk einzusparen, errichtete die IG Farben dann ein eigenes KZ auf ihrem Firmengelände in Monowitz. Das betrieb sie in Zusammenarbeit mit der SS. Ein ex-Häftling berichtete nach dem Krieg, daß an schweren Wintertagen 30 Tote



nicht Ungewöhnliches waren. Die IG Farben rügte sogar die Gestapo Ende 1943, weil sie nicht hart genug bei den „Arbeitsbummelanten" durchgreife.
Neben anderen Firmen versorgte das KZ Auschwitz fünf Werke der IG Farben mit Zwangsarbeitern. Das IG Farben-eigene KZ in Monowitz wurde zum Zentrallager für 28 weitere Außenlager. Anfang 1942 entstand das Auschwitzer KZ Birkenau, ein reines Vernichtungslager. Zuerst wurden im KZ Auschwitz die ankommenden Häftlinge selektiert danach, wer nach Monowitz geht und wer direkt nach Birkenau. Später geschah dies in Monowitz, unter Beteiligung der IG Farben-Werksleitung. Zuvor hatte die IG Farben den Leiter des KZ Auschwitz, Höß, für die schlechte Auswahl an Arbeitskräften gerügt.

Die Lebenserwartung im Werk der IG Farben in Monowitz lag bei nicht ganz 9 Monaten. Im KZ Monowitz waren 120.000 Menschen umgekommen, zusammen mit dessen Nebenlagern 370.000. Nicht enthalten sind in der Zahl die durch „Arbeit vernichteten" Häftlinge der IG Farben Werke in den Außenlagern der KZs Stutthof, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenburg, Mauthausen.
Die Arbeitskräfte bekam die IG Farben so gut wie umsonst. Wenn diese ausgelaugt und dem Tod nahe waren, verdiente die IG Farben über die Firma Degesch noch mal an deren Vergasung.

Die Kriegsgewinnler

Die ernsthaften Untersuchungsbeamten, die das Material gegen die IG Farben zusammentrugen, wurden schon in der ersten Phase der Ermittlungen abgezogen. Als es im Nürnberger Prozeß an den Komplex „Auschwitz" ging, war das Beweismaterial gleich kistenweise verschwunden. Die „Friedensplanung" der IG Farben, die den Konzern am stärksten belastete, wurde zwar vom Ankläger, aber nicht vom Richter als bedeutend angesehen.

Die Urteile wurden am 30.Juni 1948 gesprochen. Für die 24 Angeklagten aus der IG Farben-Führungsetage gab es:
11 Freisprüche (darunter Schneider, Wurster)
6 Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahre
1 Gefängnistrafe zu 4 Jahren, 1 zu 5 Jahren
Krauch und Bütefisch bekamen 6 Jahre, teer Meer 7 Jahre.

Am 20.Juni 1948 genehmigte die Wirtschaftsabteilung der US-Militärbehörde in Deutschland die erste IG-Farben-Bilanz der Nachkriegszeit. Für diesen großen Tag bekamen die IG Farben-Vorstandsmitglieder „Urlaub auf Ehrenwort" von ihrer Zelle. Die IG Farben hatte Bilanz gezogen: 6 Millarden Mark echter Substanzwert - nach Abzug von allem, was zerstört wurde. Da sollte sich der Nazi-Faschismus nicht gelohnt haben?
Aus gutem Grund wurde diese Bilanz der Öffentlichkeit über mehrere Jahre hinweg verheimlicht. Bei der Währungsreform kam die IG Farben auch wieder bestens davon. Während die Bevölkerung und kleinere Industrielle und Geschäftsleute 1 DM für 10 alte Mark erhielten, konnte die IG Farben ihre Millionen und aber-Millionen 1:1 umtauschen.

Die IG Farben hat den 2.Weltkrieg gut überstanden. Obwohl ganze Wohnviertel drum herum in Schutt und Asche lagen, sind die IG Farben-Werke größtenteils intakt geblieben. Von 55 IG Farben-Betrieben in der amerikanischen Zone waren nur zwei beschädigt. Die einzige große IG Farben-Fabrik, die zerbombt war, das Leuna-Werk, lag in der späteren sowjetischen Besatzungszone.

Die Entkartellisierungsabteilung der US-Behörde, die die Entflechtung der Großindustrie vorbereiten sollte, wurde im März 1948 aufgelöst. Von den ursprünglich 150 Beamten waren es sowieso nur noch 19 gewesen.
In den Westzonen wurden schon wieder Arbeiter ausgesperrt, Gewerkschaftsgründungen untersagt, die alten Betriebsleitungen wieder eingesetzt. Es ging um den Erhalt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, um Industriespionage gegen die Sowjetunion und um die Wiederaufnahme der Kriegsproduktion. „Kalter Krieg" war inzwischen angesagt.

Der Entflechtungsausschuß empfahl, die IG Farben in die drei Unternehmen

BASF, Bayer und Hoechst aufzulösen. Einen ähnlichen Plan hatte die IG Farben schon während des 2.Weltkriegs gehabt; der Konzern war zu unübersichtlich geworden. Die Auflösung wurde 1950 genehmigt.
Die Direktoren der IG Farben, die kurzzeitig die Anklagebank drücken mußten, sind schnell wieder zu Amt und Würden gekommen. Sie waren in der BRD alle wieder in den Führungsetagen der IG Farben-Nachfolger zu finden bzw. in Konzernen, die früher der IG Farben gehörten. Auch schon mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnet.

In alter IG Farben-Tradition – die Hoechst-Filiale in Chile an die Frankfurter Zentrale 1973 nach dem Putsch gegen die Allende-Regierung: *„Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten... Führung sehr bald erholen wird... Chile wird in Zukunft für Hoechster Produkte ein zunehmend interessanter Markt sein... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdient.“*

Die IG Farben-Nachfolger verseuchen heute nicht nur den Rhein. 1945, zu dem Zeitpunkt des (vordergründigen) Endes der IG Farben, hatte der Konzern ca. 500 ausländische Beteiligungen. Die drei wichtigsten IG Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst sind zusammengerechnet heute ein Vielfaches größer und mächtiger als es die IG Farben jemals war.
Ihrer Produktionspalette, die von Arzneimitteln bis hin zu Pestiziden reicht, können sie in Zukunft eine weitere gefährliche Waffe hinzufügen: die Gentechnologie. Als der Grüne Joschka Fischer noch Hessens Umweltminister war, versagte er Hoechst die Genehmigung einer Arneimittel-Produktionsanlage mit genetisch veränderten Mikroorganismen. Die Grünen sahen Gefahren für die Bevölkerung durch die Großproduktion gentechnisch manipulierter Bakterien.
Bei Hoechst fungiert noch immer der ex-SA-Mann und ex-IG Farben-Direktor Karl Winnacker als Ehrenvorsitzender im Aufsichtsrat. Hoechst ist heute Nummer 1 im deutschen Chemiesektor (vor BASF und Bayer), nachdem Hoechst einen US-Großkonzern aufgekauft hat und ihn mit der Hoechst-Tochter in den USA fusionieren ließ. Die Hoechst-Tochter in den USA ist damit so groß wie die Hoechst AG in der BRD Ende der 70er Jahre.

Angesichts dieser ungeheuren Machtkonzentration ist es klar, welche Möglichkeiten die IG Farben-Nachfolger haben, die politischen Entwicklung in der BRD zu steuern. Was wird passieren, wenn es wieder so weit ist, daß diese Konzerne ihre Interessen nicht mehr ausreichend von den bürgerlichen Parteien vertreten sehen?

Aufruf !

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 haben unsere Nationalsozialisten der deutschen Öffentlichkeit gezeigt, wozu wir fähig sind. Durch brennende Synagogen, zerstörte jüdische Geschäfte, Folter und Mord haben sie den Juden den Weg in unsere Arbeits- und Vernichtungslager gewiesen.

Diese Novembernacht ist uns noch in vollem Bewußtsein, trotz des schweren Schicksals, das uns mit dem 8. Mai 1945 ereilen sollte.

Deshalb rufen wir zur Teilnahme auf an einem

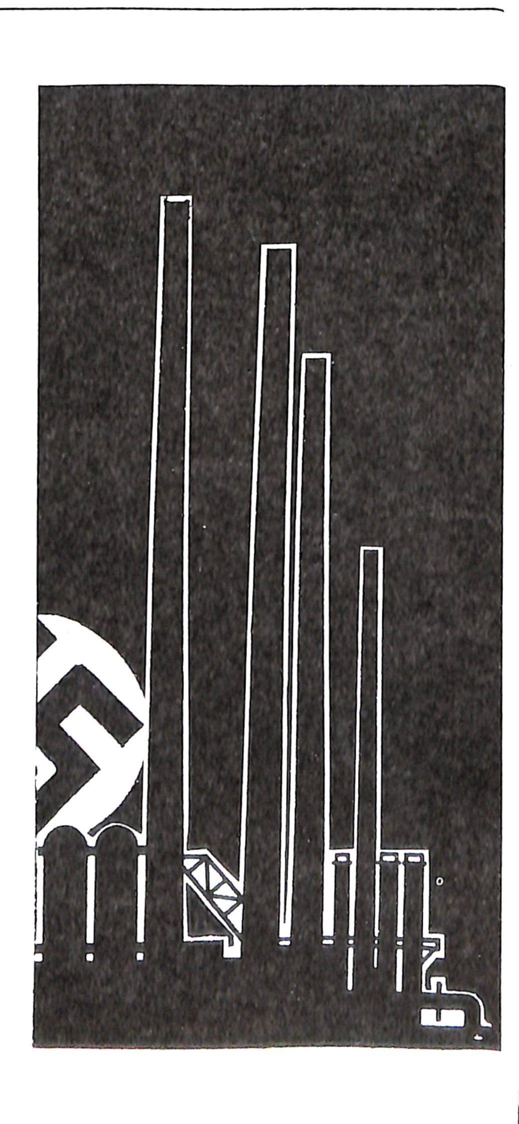
Schweigemarsch.

- Wir wollen die Verantwortlichen dieser Ereignisse vergessen.
- Wir wollen die Opfer wieder arbeiten lassen.
- Wir wollen in Zuversicht für Verhöhnung und Kapital eintreten.

Hoechst AG **Bayer** **BASF**

Daimler Benz
Deutsche Bank
Dresdner Bank
Siemens
u. a.

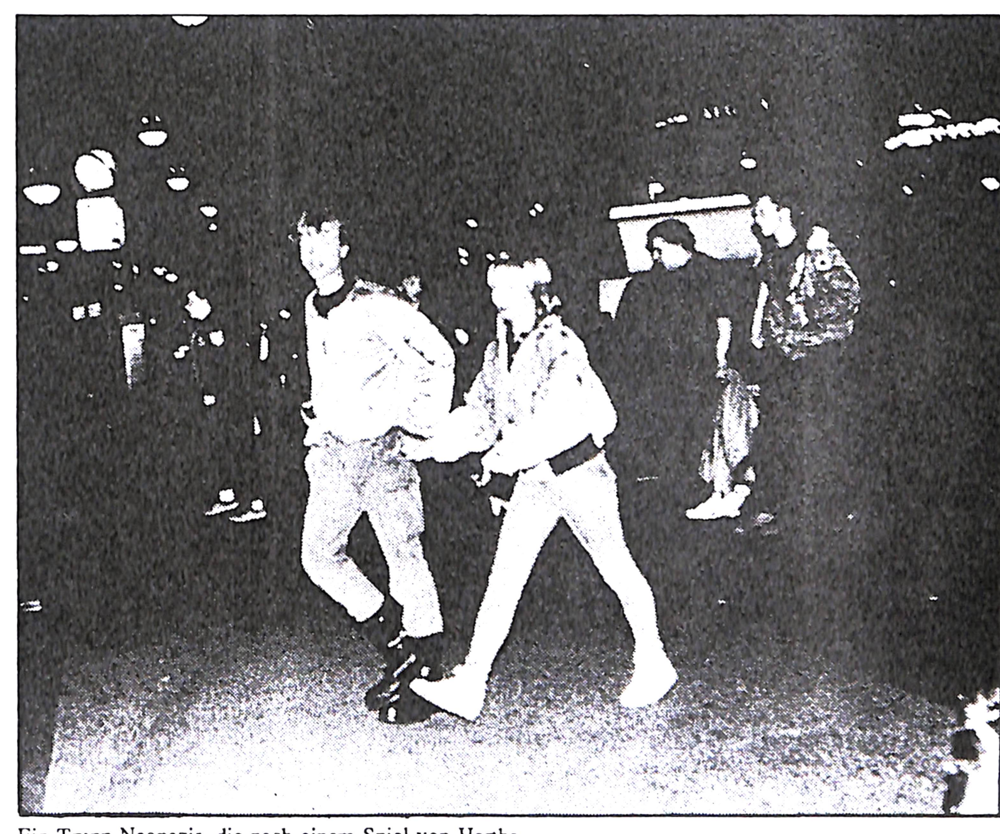
Unterstützer: bezahlte Politiker aus Parteien, Parlament und Regierung



Faschistische Provokationen

während der Aktionstage gegen IWF und Weltbank

Während der ganzen Aktionstage kam es in der Nähe von Kundgebungen und Aktionen immer wieder zu Übergriffen und Angriffen von Faschisten. Die folgenden geschilderten Vorfälle sind sicher nicht umfassend. Falls Ihr weitere Informationen habt, laßt sie uns zukommen.



Ein Trupp Neonazis, die nach einem Spiel von Hertha BSC durch die Innenstadt ziehen

Am Sonntag,den 25.9.,als die Bullen mal wieder einen Kessel am Breitscheidplatz machten, liefen mehrere komische Gestal ten am Kessel rum und meinten zu den Bullen,sie wollten durchgelassen werden,um Linke zu verprügeln. Sie griffen sich dann auch gleich einen Punk, den sie herbe anmachten. Durch das Eingreifen anderer Leute konnten die Faschos, einer von ihnen hatte einen Aufnäher- ich bin stolz...,gebremst werden.Kurz danach, als sie wieder versuchten, Leute zu verprügeln, konnten sie durch die entschlossene Unterstützung von Umstehenden dazu gebracht werden, sich zu verpissen.

Am Montagabend kam es dann zu dem massivsten Auftreten im Citybereich. Nach dem Hertha-Spiel zogen größere Gruppen von Faschisten unter "Rot Front verrecke" Gegröhle in Richtung Breitscheidplatz. Als sie hier erneut angreifen wollten, wurden sie von Antifaschist/Innen heftigst in ihre Grenzen verwiesen und in Richtung Zoo weggejagt. Sie lungerten weiter in der Gegend rum. Dann wurde ein Trupp von bayrischen Bullen kontrolliert, nachdem sie sich anschickten, Leute zu prügeln.

Am Dienstagabend wurden dann noch einmal Faschisten vor der Diskothek "Society" in der Budapester Straße gesehen. Hier halten sie sich öfter auf. Auch sind sie im benachbarten "Linientreu" zu finden.
Die in der Budapester Straße anwesenden Faschisten flüchteten sich beim Auftauchen von Antifas schnell in die Disko.

Von ihrer großen Fresse und ihrem "Mut" der vorherigen Tage war laut Augenzeugen nichts mehr zu spüren. Spät abends soll dann noch ein mit Knüppeln ausgerüsteter Trupp von Faschisten gesehen worden sein Am Mittwoch, den 28.9. waren dann die Faschos am Wittenberg Platz aufgetaucht, wo es ihnen leider gelungen ist, im Rahmen einer brutalen Räumungsaktion der Bullen einen Demonstranten krankenhausreif zu schlagen.
Die Faschisten waren die ganze Zeit ziemlich nervig. Es war während der Tage nicht nur notwendig, auf die schlägernden Bullen zu achten, sondern man mußte sich immer noch nach diesen Schwachköpfen umsehen. Es wurde aber die gute Erfahrung gemacht, daß die Faschos, wenn man ihnen gemeinsam und entschlossen entgegentritt, sehr schnell ihre Großkotzigkeit verlieren. Wenn sie dann aber immer noch nerven, oder es abzusehen ist,daß sie Leute prügeln wollen, gehört ihnen gut und heftig eins auf die Fresse. Dieses ist eine Sprache, die sie auf jeden Fall verstehen.

Keinen Fußbreit den Faschisten



Westberlinchronologie 

Hier wollen wir in chronologischer Form über Naziaktivitäten und antifaschistische (Gegen)Aktionen berichten. Um einen möglichst vollständigen Überblick geben zu können, bitten wir euch um Unterstützung. Wenn ihr z. B. Nazi- oder Skinheadüberfälle beobachtet habt oder in euren Bezirken, an Schulen und in euren Betrieben verstärkt neonazistisches Propagandamaterial und Schmierereien auftauchen, schreibt uns eine kurze Notiz (wer/was/wann/wo) an unsere Kontaktadresse oder wendet euch an das antifaschistische NOTTELEFON - 692 15 99.



20. 8.
Erster Landesparteitag der Republikaner im ICC. Demonstration und Gegenkundgebung von AntifaschistInnen (s. Bericht im letzten Antifa-Info).

30. 8.
Die **JU** Tempelhof erhebt ein Ausschlußverfahren gegen den Skinhead **Heiko Luge**, der sich (wie im letzten Info berichtet) bei der Westberliner Grundungsversammlung der DVU - Liste D als knüppelschwingender Ordner aufspielte.

31. 8.
Der **NPD**, die sich an den Abgeordnetenhauswahlen beteiligen will, wird von der allierten Stadtkommandantur ein erneutes Verbot ausgesprochen. Danach darf die NPD im Januar 89 nicht kandidieren und weiterhin keine politischen Veranstaltungen (sie tuns wie immer getarnt) und keine Parteitage in Westberlin durchführen. Das Verbot, daß (!) bis zum 30. Januar 89 gilt, schließt auch Kundgebungen und die Verteilung von Propagandamaterial ein. Die NPD legte Beschwerde ein.
Nach 18 Monaten stellte der parlamentarische **Lummer-Untersuchungsausschuß** in einer Bilanz fest: Heinrich hat im Februar 1971 einer rechtsextremen Partei 2000 DM übergeben, diese Geldübergabe sei nicht der einzige Kontakt Lummers zur Nazi-Szene gewesen. **Fazit ? Eineinhalb Jahre gelummert !**

3. 9.
Mehrer Neonazis, darunter Skins, provozieren auf dem **Kommerzfest** in der **Turmstraße** mit Fascholiedern und - Pöbeleien. Sie bedrohen einige Stände, wobei ein Passant leicht verletzt wird. Die Republikaner sind mit einem Infostand anwesend (s. Artikel in diesem Heft).

4. 9.
150 AntifaschistInnen sorgen für den Abbau des Rep-Standes vom Turmstraßenfest (s. Artikel).
Brandanschlag auf ein im Bau befindliche Barracke für Aussiedler in Lankwitz.

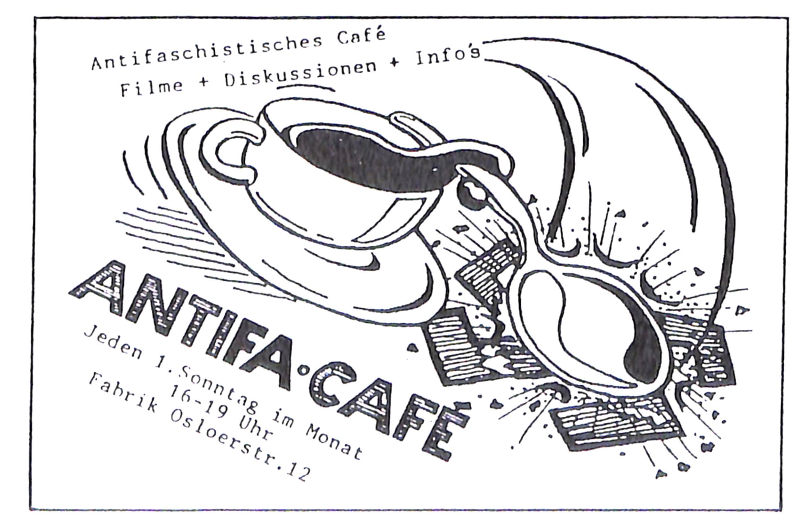
6. 9.
Ein **Skinheadüberfall** auf eine Schülerin kann abgewehrt werden.

9. 9.
Ein Neonazi wird beim Einbruch in die **"Wehrmachtsauskunftsstelle (Wast)"** auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Er wurde von einem Wachmann überrascht, als er einen Haufen Akten wegschleppen wollte. Dem Staatsschutz ist der Fascho "einschlägig bekannt".
In der Nacht vom Samstag auf Sonntag schlagen und treten 18 Faschisten, darunter Skinheads am S-Bahnhof Schönholz in Reinickendorf einen 28jährigen Mann nieder. Der Überfallene muß ins Krankenhaus gebracht werden. Zuvor hatten die Nazis auch andere Fahrgäste bedroht und im Zug randaliert.
Vier Skins überfallen in der gleichen Nacht einen Mann in der S-Bahn Reichtung Friedrichstraße. Er konnte sich nur durch einen Sprung aus dem einfahrenden Zug in Sicherheit bringen.

10. 9.
Kundgebung zum "Tag der Heimat" des revanchistischen Bundes der Vertriebenen im ICC. Der Vorsitzende Herbert Cazja verleiht **Franz Josef Strauß** (inzwischen zum bayrischen König bestattet) eine "Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht".

14. 9.
Mit Freispruch endet ein Prozess gegen einen Bullen und seine Frau, die am 20. Januar eine türkische Frau übelst beschimpften. Beim Streit um einen Parkplatz hetzten sie: "Ausländer wie euch hat man früher erschossen, und heute sollte man das auch tun."

17. 9.
Nazi-Skins und Fußballfans überfallen einen Mann und eine Frau zwischen dem Strandbad Wannsee und Nikolassee. Sie traktieren die beiden mit Fußtritten, versuchen sie ins Wasser zu stoßen und verbrennen ihre Kleidung.



20. 9.
Etwa 100 **AntifaschstInnen verhindern** eine **Versammlung** der Rep, die im Hotel Central in Reinickendorf stattfinden sollte (s. Artikel in diesem Info).

28. 9.
Bullensenator Kewenig antwortet im Abgeordnetenhaus auf die Anfrage eines SPDlers nach Gesetzesverletzungen durch Neonazis in Westberlin. Kewenig nannte eine offizielle Zahl von 406 Fällen im ersten Halbjahr '88 (406 waren es im ganzen Jahr '87), hält aber eine besondere Anweisung an Polizeibeamte oder Verfassungsschutz zur Beobachtung rechtsextremistischer Gruppen für unnötig. Er meint: "Der Senat erblickt in der Bekämpfung des Rechtsextremismus seit jeher eine vorrangige Aufgabe, der er sich in der Gesamtheit seiner Regierungspolitik widmet." (hört, hört !)

1. 10.
Republikaner-Stand Turmstr./Ecke Stromstr..

2. 10.
AntifaschistInnen konnten eine Versammlung von Nazis aus verschiedenen Organisationen verhindern (s. dazu den Artikel).

7. 10.
Während eines Konzerts im Quartier Latin kommt es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen **Antifas** und Faschisten in der Potsdamer Straße (s. in diesem Info abgedruckte Dokumentation).

11. 10.
Nazis raus aus der S-Bahn (und anderswo) ! Drei Fascholieder gröhlende Nazis werden von Fahrgästen am S-Bahnhof Sundauer Str. aus dem Wagen geschmissen.

12. 10.
Prozess gegen drei **JU-Mitglieder** wegen **Volksverhetzung** eröffnet.
Abends treten die Spitzen der Partei "Die Republikaner", Landesvorsitzender **Bernhard Andres** und **Carsten Pagel** (s. Rep-Artikel in Info Nr. 4) in der SFB-Live-Sendung "Berliner Platz" auf. Sie geben ihren Senf, zusammen mit einem Herrn **Riedel** von der "Bürgerinitiative Demokratie und Identität, BDI" zum Sinn von lebenslangen Haftstrafen ab. Der BDIler setzte sich für die Wiedereinführung des Begriffs "Schutzhaft" ein.

15. 10.
Republikanerstand auf dem Hansaplatz in Tiergarten.

17. 10.
Soll den Redaktionsschluß sinnlos sein ??



Hannover



Demo am 7.10.88

Angriffe von Rassisten

Seit Anfang September 1988 gab es fünf Wochenenden hintereinander Massenschlägereien in der Hannoveraner Innenstadt Nazi Skins haben seit längerer Zeit schon Jagd auf einzelne ausländische Jugendliche gemacht und eine Kneipe überfallen, in der sich meist Menschen mit dunklerer Hautfarbe aufhalten.

Das war für viele ausländische Jugendliche eine alltäglich gewordene Bedrohung. Seit Anfang September nun wehren sich Jugendliche zumeist aus der Türkei, aus Griechenland und Italien.. gegen den Terror. Aus einem Artikel der Lokalpresse ist zu entnehmen, daß ein Auslöser für die Straßenkämpfe die Freisprüche für Nazi Skins wegen des Überfalls auf die oben erwähnte Kneipe war. Die Nazi Skins feierten vor ihrer Disko den Sieg über die ihnen verhaßten Ausländer/innen. Daraufhin begannen die ausländischen Jugendlichen zurückzuschlagen. Es war eine Gruppe von 50-60 Leuten, die gegen ca 80-100 Nazi Skins, Hooligans von Hannover 96 und rassistische Jugendliche im Alter von 12-25 Jahren kämpfte. Die Bullen nahmen dann auch prompt angebliche Rädelsführer der ausländischen Jugendlichen fest.

Auf Seiten der rassistischen Jugendlichen sind nur zum Teil organisierte Nazis aus der FAP. Doch auch ohne organisierte Nazis hat sich das sogenannte "Türkenklatschen" und "Ausländer raus" verbreitet.

Es hat relativ lange gedauert, bis die Hannoveraner Antifaschist/inn/en reagiert haben. Anfang Oktober mischten sich erstmals erkennbar Leute von einer 80-100 Menschen starken Demonstration in die Auseinandersetzungen ein. Sie versuchten zum Treffpunkt von den Skins zu kommen,was aber von den Bullen behindert wurde.
Auf der zweiten Demo waren dann schon ca 450 Leute, zum Teil auch ausländische Jugendliche. Aufgerufen hatte das UJZ-Kornstr.,die Hannoveraner Antifa, die VVN, BJA und SDAJ, die Grün Alternative Bürgerliste, der KB usw.
In der Nacht zum 9.Oktober wurde auf das Zentrum der SDAJ ein Brandanschlag verübt, am 10. Oktober bekamen sie Drohanrufe: "wir werden Euch dem Erdboden gleichmachen, Sieg Heil."

Im Augenblick ist eine gespannte Ruhe in Hannover eingetreten, das Problem ist noch lange nicht vom Tisch. Ein Antifabündnis plant weitere Aktivitäten und versucht Kontakt mit ausländischen Jugendlichen aufzunehmen, was aber als schwierig beschrieben wird, da für sie das Ganze eine Sache ist, "die man an Ort und Stelle mit der Faust regeln muß und dann wird sich das schon irgendwie geben."

Gegen Rassisten gemeinsam kämpfen!

Braune Bücher

Auf der Frankfurter Buchmesse

Mehr als 220.000 Interessierte besuchten vom 5. bis 10. Oktober die 40. Buchmesse in Frankfurt. 8.000 Austeller zeigten rund 340.000 Titel. Doch unter den vielen neuen Büchern waren auch einige mit "altem Geist".

In der äußersten Ecke des ersten Stockwerks der Halle 5 stellte der K.W.Schütz-Verlag seine neuen Bücher aus. Der von dem Altnazi Waldemar Schütz gegründete und heute von Erwin Höke betriebene Verlag war im letzten Jahr Ziel einer antifaschistischen Demonstration. Der kleine Stand stand einsam in der Ecke, weil - so war es aus Veranstalterkreisen zu hören - kein anderer Aussteller neben dem nazistischen Verlag stehen wollte. Ein Blick in die Regale erklärt die Ablehnung: "So war der U-Boot-Krieg", "Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS" und "Die verfemte Rechte" gehören noch zu den "harmlosen" Titeln. Übel aufgestoßen sind z.B. die Adolf Hitler Trilogie von Erich Kern (alias Kernmayr), "Rudolf Heß - Märtyrer des Friedens" von Neonazi Edgar Geiß oder das Buch "Trotzdem" vom Nazi-Helden Rudel. Obwohl Ende der siebziger Jahre indiziert stand es bei K.W.Schütz im Regal.

In der gleichen Halle befand sich ein nobel aufgemachter Gemeinschaftsstand von sechs Verlagen. Beteiligt u.a. der Mönch-Verlag. Dieser war Ende 1987 aufgefallen, weil er, neben Rüstungsbüchern und Werken des Ex-Verteidigungsministers Wörner, auch einige Bücher über die Waffen-SS in seinem Buchversand anbot. Im Katalog fanden sich außerdem Anzeigen verschiedener rechtsextremer Verlage. Im Frühjahr 1988 distanzierte sich die Verlagsleitung - nach massiver Kritik von SPD und GRÜNEN - von dem Gedankengut.

Diese Distanzierung betraf allerdings, so hat es zumindest den Anschein, nicht den Krefelder Sinus-Verlag, in dem Bücher der Neuen Rechten erscheinen. Dieser Verlag war nämlich ebenfalls am Gemeinschaftsstand vertreten. In der "edition d" bei Sinus sind u.a. Bücher des neurechten von Armin Mohler, Wolfgang Venohr und Günter Rohrmoser erschienen.
Verleger Wigbert Grabert war mit seinen Verlagen Grabert und Hohenrain im Katalog zu finden, stellte aber nicht aus. Hinter vorgehaltener Hand wurde gemunkelt, daß der rechtsextreme Verleger mit dem zugewiesenen Standplatz nicht einverstanden war. Noch im letzten Jahr hatte Kanzler Kohl den Stand besucht und sich mit Grabert werbewirksam ablichten lassen.

Während die Zeitschrift MUT vor einigen Jahren als die "größte rechtsradikale Jugendzeitschrift" galt, so ist es heute eher ein Blatt für die mittlere und ältere Generation. Mit Glanzpapier und Mehrfarbdruck richtet sie sich vor allem an neurechte und konservative Kreise. Den MessebesucherInnen präsentierte sich der MUT Verlag mit eigenem Stand, an dem die Zeitschrift sowie einige Bücher (u.a. von Gerd Klaus Kaltenbrunner, Emil Schlee, Caspar von Schrenk-Notzing) angeboten wurden. Kanzler Kohl ist übrigens "ständiger Leser" der Zeitschrift, deren Januar-Ausgabe 1979 indiziert wurde.
Der Pawlak-Verlag bringt seit einiger Zeit Billigangebote auf den Markt, die dann besonders über Kaufhäuser abgesetzt werden. Mit Büchern wie "Heimatfront", "Die Luftwaffe 1918 - 1945" oder der Trilogie über "Hitlers Krieg" von Davis Irving, sollen in Herrsching (Bayern) die Kassen klingeln.



Auch in der Zeitschriftenausstellung waren interessante Zeitschriften ztu finden. So präsentierte der "Nordwind Verlags- und Versandbuchhandlung des Kritik-Verlages" aus dem dänischen Kollund die Zeitschriften "Kritik" und

"Bauernschaft". Sowohl hinter der "Nordwind"-Buchhandlung als auch hinter den beiden Zeitschriften steckt Thies Christophersen, ein Altnazi. Er wird in der Bundesrepublik per Haftbefehl gesucht und ist der Verfasser des nazistischen Pamphlets "Die Auschwitz-Lüge". In der "Bauernschaft" werden entsprechende Artikel und Leserbriefe zum Besten gegeben und der Verlag bietet vom "Hitlerjugend-Liederbuch" bis zu Hitlers "Mein Kampf" alles, was junge und alte Naziherzen höherschlagen läßt. Auch "Criticon", eine Zeitschrift mit Autoren der Neuen Rechten und aus konservativen Kreisen, war in den Regalen anzutreffen.



Sonderdruck

Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

ICH BIN KEIN DEMOKRAT

Ich bin ein Rassist



Kritik

Die Stimme des Volkes

Kurzfassung der Sonderausgabe Nr 23

Die Auschwitz-Lüge

Christophersens faschistische Hetzblätter

Die Rechtsradikalen versuchen seit einiger Zeit, die Buchmesse für sich zu nutzen. Schon Monate zuvor, erinnert die Zeitschrift"Nation Europa" an diesen Termin. Kein Wunder also, wenn diese Verlage und deren BesucherInnen auf der Buchmesse auftreten. Die Messeleitung ist machtlos gegen die rechtsradikale Propaganda. Jeder angemeldete und zahlende Verlag darf dort ausstellen, egal was er verbreitet. Nach allen Seiten offen sein, ist das Motto der Handelsmesse.

OB dies ein befriedigendes Motto ist, darf bestritten werden. Offene Augen auf der Buchmesse werden jedoch immer nötiger.

Johannes Bollmer

Antifaschistisches Infoblatt

Unterstützt unsere antifaschistische und antirassistische Info-Arbeit. Schickt uns Artikel, Kurzmeldungen, Fotos und auch <u>Kritiken</u>.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die OMGUS-Dokumente



Ermittlungen gegen IG Farben
gegen die Dresdner Bank
gegen die Deutsche Bank

Hersgb.: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts.Drei Bände zusammen als Kassette mit Personen und Sachregister 68.- DM ISBN 3-89190-299-9,Greno - Verlag, Nördlingen

Die drei Bände beinhalten die Untersuchungsergebnisse der US-Militärregierung in Deutschland - Sektion für finanzielle Nachforschungen. 1945 gab es innerhalb der US-Militärregierung noch Personen,welche die Hintergründe des deutschen Faschismus erhellen wollten. Sie sind im Laufe des Jahres 1945 ausgeschaltet worden und die bekannte Geschichte der Rekonstruktion der kapitalistischen Gesellschaft konnte dann ungestört durchgeführt werden. Die Bücher sind eine aufschlußßreiche Materialsammlung über den Zusammenhang von Faschismus und Kapital.

So war die IG Farben auf das Engste mit dem Nationalsozialismus verflochten, die ökonomischen Planungen des NS-Staates wurden maßgeblich von der IG Farben bestimmt und auf deren geschäftliche Interessen abgestimmt.
Die Dresdner Bank, über die in der Tschechoslowakei der Satz umging: Hinter dem ersten deutschen Tank kam die Dresdner Bank - war allgemein als SS-Bank bekannt und machte neben dem Raub jüdischen Vermögens(Arisierung)ihre Profite hauptsächlich aus der Ausbeutung und Vernichtung von Menschen, die Zwangsarbeit leisten mußten.

Die Deutsche Bank, als größte deutsche Geschäftsbank, war die Speerspitze der ökonomischen Neuordnung Europas, genannt "Neue Ordnung". Diese Neue Ordnung basierte auf Raub, Übernahme und "freiwilligem Verkauf" von Unternehmen an deutsche Firmen.

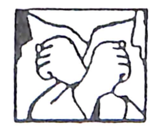
Die Industrien der eroberten Länder wurden den Interessen Deutschlands entsprechend umgebaut und angepaßt.
Wo dieses nicht freiwillig geschah oder sich Widerstand zeigte, wurde versucht, dies mit aller Brutalität der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschine durchzusetzen.
So war auch die Vernichtung jüdischer Menschen in Osteuropa stark von dieser "Neuen Ordnungs"-Konzeption bestimmt.
Daneben war die Deutsche Bank auch an "Arisierung" genannten Raubzügen in Deutschland und Österreich beteiligt.

Die drei Bücher sind für diejenigen, welche die Hintergründe des Faschismus verstehen wollen, eine wichtige Lektüre, trotz mancher "trockener" Passagen.

Rote Hilfe gegen Polizeiterror und Klassenjustiz

Die ROTE HILFE ist eine bundesweite Organisation, deren Ortsgruppen seit ca. 13 Jahren politisch Verfolgte in der BRD und Westberlin unterstützen. Dabei versteht sich die ROTE HILFE als Schutzorganisation für die gesamte Linke. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zu unterstützen, die aus politischen oder rassistischen Gründen durch den Staat verfolgt werden. Die Unterstützung der ROTEN HILFE besteht aus Spendensammlungen für Menschen, die hohe Anwalts- bzw. Prozeßkosten haben, aus der Betreuung derer, gegen die Gefängnisstrafen verhängt worden sind und ihrer Angehörigen, aus Informationsveranstaltungen und Flugblättern über politische Verfolgung, Repression und die Notwendigkeit der Solidarität. Der Grad der Wahrnehmung dieser Aufgaben hängt natürlich immer von der Anzahl der aktiven Kräfte an den einzelnen Orten ab. Solidarität kann nicht an einige deligiert werden, sondern ist Aufgabe von uns allen.

Prozeßhilfekonto der ROTEN HILFE WESTBERLIN:



R. Stüker Kto-Nr. 240297679
Sparkasse der Stadt Berlin West
BLZ: 100 500 00

So kann man/frau die Arbeit der ROTEN HILFE unterstützen:
* Durch Mitarbeit in einer Gruppe der ROTEN HILFE.
* Als Mitglied durch den Mitgliedsbeitrag (24,-- DM Mindestbeitrag im Jahr).
* Durch Beschaffen von Geldmitteln für die RH (Sammlungen unter FreundInnen ...).
* Durch Werbung für unsere Arbeit.
* Durch Spenden.

ROTE HILFE WESTBERLIN
V.I.S.d.P. und Kontakt: R. Stüker, Rathenowerstr. 61, 1000 Berlin 21, Tel.: 3943294

ABOnniert das ANTIFASCHISTISCHE JUGENDINFO

5 Ausgaben = 10,- DM
15 Ausgaben = 20,- DM
Komplett-Abo = 20,- DM

(KOMPLETT-ABO 1 Jahr lang alle JUGENDINFOS sowie Flugblätter, Plakate, Presseerklärungen usw der ANTIFA JUGENDFRONT

Zahlbar mit Scheck oder bar **im Voraus** an folgende Adresse
Antifaschistisches Jugendinfo
Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61

Vorname und Name

Adresse

Das "Ausländerzentralregister"

Das Ausländerzentralregister ist die nahtlose Fortsetzung der Ausländerzentralkartei, die unter den Nationalsozialisten gegründet wurde. Das rassistische und faschistische Regime benötigte zur Ankurbelung der ruinierten Wirtschaft und zur Verwirklichung ihres Welteroberungsprogrammes mehr Arbeitskräfte als in Deutschland zur Verfügung standen. Durch Einsetzen ausländischer Arbeitskräfte unter den barbarischsten Bedingungen konnte die gesamte Produktion auf Hochtouren gebracht werden, bei minimalsten Ausgaben z. B. für Löhne.



Gleichzeitig wurde die Ausländerzentralkartei installiert zur absoluten Überwachung und um mit diesen Arbeitskräften wirtschaftlich besser planen zu können (z.B. in Hinblick auf eine angestrebte Großserienproduktion im Rüstungsbereich) Nach 1945, als sich abzeichnete daß ausländische Arbeitskräfte wieder notwendig werden wurde 1953, gestützt auf diese Statistikerfahrungen des deutschen Faschismus, das AZR in Köln gegründet. Im AZR sind derzeit etwa 100 Mio Daten von 10 Millionen Ausländern gespeichert. Da sich z.Zt. nur etwa 4,6 Mio Ausländer in der BRD aufhalten heißt das, daß in dem AZR Daten von mehr als 5 Mio Ausländern gespeichert sind, die sich nicht oder nicht mehr in der BRD aufhalten. Die hohe Zahl ergibt sich u.a. daraus, daß die Daten von Ausländern, die abgeschoben oder ausgewiesen wurden mindestens 20 Jahre gespeichert werden.

Das AZR besteht aus zwei Dateien, der Haupt- und Erkenntnisdatei. Dort werden die Daten unter einer sog. Stammnummer, vergleichbar mit einer Personenkennziffer gespeichert. In der Hauptdatei werden sämtliche Daten wie Name, Geburtsort und -datum, Augen- und Haarfarbe, Nasen- und Gesichtsform, Staatsangehörigkeit, Beruf, Familienstand und Krankheiten gespeichert.Außerdem werden alle statistischen Daten wie Entwicklung und Struktur der ausl. Bevölkerung generatives Verhalten, Wanderbewegungen, Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Wechsel des Arbeitsplatzes, Kenntnisse der deutschen Sprache, "Kriminalität" und Sozialhilfe gesammelt. Diese Informationen werden mit Hilfe der statistischen Methode ausgewertet um so Differenzierungen und Unterscheidungen ausmachen zu können. Diese Unterschiede werden als Spaltungsinstrument im Interesse eines "Teile und Herrsche" eingesetzt.

Die Statistiken werden u.a. zur diskriminierenden und rassistischen Propaganda gegen ausländische Menschen eingesetzt. (so tauchen z.B. Statistiken über die angebliche Kriminalität der arabischen Bevölkerung dann auf, wenn diese abgeschoben werden sollen oder gegen sie besondere diskriminierende Gesetze durchgesetzt werden sollen.

Im Rahmen der sog. Amtshilfe wird ein reger Austausch zwischen den bundesdeutschen Behörden betrieben. Entweder gelangen die Daten über den Umweg der Ausländerbehörde, die ihrerseits Daten von Meldebehörden, Finanzämtern, dem Hauptzollamt,den Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft, den Gewerbe-, Arbeits- und Sozialämtern bekommt, oder die Behörden leiten diese Daten direkt an das AZR weiter.
Die Polizei hat direkten Zugriff auf die Dateien des AZR. Sie benutzen diese Daten zu



Rassistische Überwachung und Kontrolle

Fahndungszwecken und zur direkten Zurückweisung von Ausländern an den Grenzstellen. Ein Sondernetz DISPOL schließt das BKA, Landeskriminalamt, das Kraftfahrzeugamt, das Bundeszentralregister, das juristische Informationssystem und das AZR zu einem Netz zusammen. So erreicht man die problemlose Totalüberwachung der Ausländer, die spätestens durch den Ausbau der Kabeltechnik durch die Bundespost verwirklicht werden wird. Hier beginnt auch die internationale Zusammenarbeit der Behörden und Geheimdienste zu greifen. Es besteht ein direkter Draht zwischen den BRD-Auslandsvertretungen und dem AZR. Die dort gespeicherten Informationen sindbereits bei der Visaerteilungrelevant. So spielten diese Daten beim Anwerbestopp für Ausländer eine wichtige Rolle.

In der Erkenntnisdatei werden die Ausländer erfaßt,gegen die bestimmte ausländerrechtliche Maßnahmen getroffen worden sind wie Ausweisung, Abschiebung, Ablehnungvon Asylanträgen, Ablehnung und Erteilung von Verlängerung von Aufenthalten. Außerdem werden Daten über Straf- und Ordnungsandrohungen, Gefährdungshinweise, Zurückweisungsgründe sowie alle Erkenntnisse des Verfassungsschutzes berücksichtigt.

Eine ausgelagerte Institution des AZR ist das Bundesamt. Es hat die spezielle Aufgabe die Kontrolle, Aushorchung und Verwaltung ausländischer, oppositioneller Kräfte durchzuführen. Bei der Asylantragstellung müssen folgende Fragen beantwortet werden: auf welchem Fluchtweg er gekommen sei, welcher Organisation er angehörte, welche Namen er kenne, was er gemacht hätte, worin sich seine Organisation von anderen unterscheidet, seine militärische Ausbildung, wo die Ausbildungslager sind, woher die Waffen kamen und kommen ....
So zeigt sich deutlich, daß es nicht nur um Daten zur Bevölkerungsplanung geht, sondern auch um Informationen über oppositionelle Kräfte in der Bevölkerung.
Der Tod von Kemal Altun ist ein Beweis dafür, daß es eine Zusammenarbeit zwischen Bundesamt, AZR und ausländischen Geheimdiensten gibt. K. Altun, der hier als politisch Verfolgter aus der Türkei einen Asylantrag stellte, stürzte sich 1983 aus dem Fenster des Verwaltungsgerichtes in Berlin, nachdem die Türkei dessen Auslieferung beantragt hatte.

Woher wußte die Türkei, daß sich K. Altun in der BRD aufhielt?





Antifaschistische Aktion

Aufruf zur

antifaschistischen
Demonstration

mit Zwischenkundgebung
vor dem Büro der Degesch und Degussa

Mi. 9. Nov. 17 h, Olivaer Platz





1938 - 1988

DAMALS WIE HEUTE PRODUZIERT
DIE "DEGESCH" DAS ZYKLON-B

